

Souder Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmöndlich 1 Mark einschließlich Vorkosten, bei Selbstabholung 30 Pfennig. Gesendet wöchentlich freitaglich und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von anderen Orten entgegengenommen. Redaktion: Dr. Dietrich, Postfach 2314. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Inhalt: Dr. Dietrich, Postfach 2314. Bestelldirektion: Wagnersche Buchhandlung (Seigerwall) Wernigerode, Burgstraße 30.

Anzeigenpreis die achtgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende Text. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2315), Bestelldirektion Wagnersche Buchhandlung (Seigerwall) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 157

Dienstag, den 8. Juli 1930

5. Jahrgang

Die erste Beratung des Deckungsprogramms vor dem Reichstage.

Halbe Arbeit.

Der Finanzminister begründet seine Vorlage. — Scharfe Kritik der Sozialdemokratie.

Berlin, 7. Juli. (Eig. Bericht.)

Der erste Akt der Erledigung der Deckungsarbeiten der Reichsregierung ist am Montag zu Ende gegangen. Nach einer Einführungsvorrede des neuen Reichsfinanzministers, Dietrich, triftlichen Reden der Sozialdemokraten, der Deutschnationalen und der Kommunisten, sind die Vorlagen an den Steuerausschuß überwiesen worden, dessen Beratung bereits am Dienstag beginnt.

Die Regierungsparteien haben sich nicht an der Debatte beteiligt. Mehr als an der Unterfertigung der Regierung lag und liegt ihnen an der Durchführung der Reformen.

Wohin die Regierung Reformen führt, das hat der Reichsfinanzminister Dietrich ziemlich deutlich am Schluß seiner Rede dargestellt. Er wies mit besonderer Eindringlichkeit darauf hin, daß es sich nicht nur um die Verabschiedung der neuen Steuererlasse handelt. Mit diesen Vorlagen ließe und solle die Reform der Arbeitslosenversicherung, die Verringerung der Krankenkassenbeiträge und der Versorgung der Kriegsteilnehmer. Es entfiel aber auch, wenn die Deckungsarbeiten nicht angenommen werden, die Grundlage für das Disprogramm. Und schließlich seien die jetzt vorzunehmenden Steuererhebungen auch die Voraussetzung für die für den Herbst angekündigten finanzpolitischen Reformen.

Jedes dieser Elemente ist ungeschritten auf die Deutschnationalen und auf die widerrechtlichen Elemente der Regierungsparteien. Sie sollen dadurch in die Lage versetzt werden, die Vorläge der Regierung als heiliges Hebel und als die unvermeidlichen Voraussetzung für die Erfüllung ihrer Wünsche hinzunehmen. Die Abhängigkeit der Bürgerblockregierung von denjenigen Elementen, die immer nur ihr persönliches Interesse sehen und nicht daran denken, im Interesse der Gesamtheit Opfer zu bringen, verhindert, daß ganze Arbeit geleistet wird. Zwar hat der Reichstanzler Brüning kürzlich erklärt, alles, was in einem entscheidenden Augenblick verdammt wird, muß später mit erheblichen größeren Kosten nachgeholt werden. Aber diese Erkenntnis ist schon wieder verblasst. Aus Furcht vor einer Entspannung der Steuererhebungen der leistungswilligen Kreise, aus Abneigung gegen die sozialpolitischen Einrichtungen der öffentlichen Körperschaften wird wiederum nur halbe Arbeit getan, die von Hunderttausenden mit Fortdauer ihrer Arbeitslosigkeit und von der ganzen deutschen Wirtschaft mit Verschleppung der Krise bezahlt werden muß.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich

erklärte zunächst sein Deckungsprogramm. Sachlich neue brachte die Rede kaum, weil sich Dietrich schon in der Sitzung des Reichstages ausführlich geäußert hat. Die Rede war immerhin bemerkenswert durch einige Streiflichter, die Dietrich in die Steuerpolitik warf. Er sagte u. a., daß

die Not der Gemeinden

zum Teil durch diese selbst hervorgerufen sei, weil sie höchst und unvernünftig gewerbesteuerlastig hätten. Eine große Schuld an den schlechten Gemeindefinanzen hätte jedoch auch die Erwerbslosigkeit. Mit den jetzt in den Reichsausschuß eingesetzten Mitteln werde man nur dann durchkommen können, wenn das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung reiflos durchgeführt werde.

Aus große finanzpolitische Ziele

über das jetzige Deckungsprogramm hinaus bezog sich der Reichsfinanzminister 1. Ordnung der Gemeindefinanzen, 2. Umbau und Senkung der Reichsteuern, 3. Andere Verteilung der Steuerquellen und des Steueraufkommens. Die Gemeindefinanzen könnten nicht nur von oben durch Reichsmaßnahmen in Ordnung gebracht werden. Man müsse den Gemeinden durch eigene Steuern, z. B. Vermögenswertbeiträge und Gemeindegewerbesteuer helfen. Es erhebe sich da aber sofort die Frage, soll man nur eine oder beide Steuern erheben? Soll man die Gemeinde zur Erhebung dieser Steuern berechtigen oder verpflichten? Der Vermögenswertbeiträge müsse unbedingt den Gemeinden bleiben. Man berechne, daß er im Jahre 212 Millionen Mark für alle Gemeinden im Reich einbringen könne. Aus Erfahrung wisse er jedoch, daß gerade diese sogenannte Kopfsteuer in vielen Fällen nicht einbringen sei. Von der Gewerbesteuer sei ebenfalls von einer erheblichen Schwächung auszugehen, weil sich der Finanzminister nicht viel mehr jenseits von der Biersteuer, wobei er anfügen ließ, daß die Brauereien viel mehr als die Reichsteuern beitragen, auf die Verbraucher gelegt hätten. Schließlich für

Befestigung öffentlicher Betriebe

marktete die Regierung die Ergebnisse der Erhebung ab. Bei dem geplanten Umbau des Finanzsystems denkt der Finanzminister vor allem an

Senkung der Realsteuern und der Einkommensteuer

einschließlich der Lohnsteuer. Er fügte allerdings hinzu, niemand könne wolle, ab und wann diese Steuern gekürzt werden könnten. Schließlich sprach der Minister für die endgültige Rege-

lung des Steuerausgleiches zwischen Reich und Ländern. Wenn die Hauszinssteuereinnahmen nicht mehr für den Wohnungsbau gebraucht werden, müsse man sie

zur Senkung der Realsteuern benützen.

Richtig ist die Ansicht des Ministers, daß in guten wirtschaftlichen Zeiten Arbeitsplätze für Monate und Jahre länger Arbeitslosigkeit gemacht werden sollen. Man brauche

eine Manöverarmee an Arbeit,

um jederzeit öffentliche Aufträge vergeben zu können. Dazu müsse man allerdings auch finanzielle Reserven haben. Als Dietrich schloß, fand er

auf seiner Seite des Hauses Beifall.

Auch die Regierungsparteien sind ohne jede Begeisterung für das Deckungsprogramm.

Eine sachliche u. dennoch scharf zugespielte Oppositions-

rede hielt der

Abg. Dr. Herz (Soz.)

Er ging von der Tatsache aus, daß die Belebung der Wirtschaft nur durch Erhöhung der öffentlichen Finanzen möglich ist. Umordnung der Finanzen bringe Aufschwung in die Wirtschaft und erhöhe die Produktionskosten. Herz bewies, daß durch die Maßnahmen der Regierung die Gesundung der Finanzen erreicht werde. Den Grundfehler sieht Dr. Herz darin, daß die Regierung nur Vor-

schläge für die jetzt berechenbaren Fehlbeträge macht, obwohl eine weitere Verschlechterung der Wirtschaft und damit eine weitere Verschlechterung der Finanzen wahrscheinlich sei. Man solle die Situation nicht lediglich sehen als sie ist. Es seien

wirklich durchgreifende Maßnahmen erforderlich.

Vorläge man diese, dann würden der Wirtschaft in Zukunft noch höhere Aufträge zufließen und damit eine weitere Verschlechterung der Finanzen vermieden werden. Er verweist auf England, wo der Finanzminister jetzt eine

Erhöhung der Einkommen- und Körperschaftsteuer um 10 v. H. vorgeschlagen hat, eine Maßnahme, von der nur ein Viertel der Steuerpflichtigen und zwar die höheren und höchsten Einkommen allein betroffen werden. Bei aller Anerkennung der Unterschieden zwischen England und Deutschland bleibe doch ein erhebliches Plus zum Gunsten der englischen Steuerpolitik. Dr. Herz hält

Erparnisse im Reichshaushalt für 200 Millionen Mark möglich, jedoch nicht auf dem Wege der Ermächtigung. Die Sozialdemokratie lehne eine solche Ermächtigung an die Reichsregierung ab, 1. weil sie das Vertrauen des Reichstages verletze, 2. weil sie das Verantwortungsgewicht des Reichstages ab-schwäche, 3. weil dadurch der Wille des Reichstages verletzten würde.

Unter großer Aufmerksamkeit des Hauses griff Herz dann insbesondere den Reichsrechnungsrat an. Er wies nach, daß innerhalb der kurzen Zeit von elf Jahren, die die Reichsrechnung be-

Der Lappo-Faschismus in Finnland.

Was sich gegenwärtig in Finnland abspielt, ist der Anfang einer Art von Faschismus. Diese Bewegung, die hauptsächlich auf die westfinnischen Bevölkerung, namentlich der Ostseeprovinzen zielt — ihr Name ist an eine kleine Ortschaft, Lappo, in diesen Provinzen angelehnt — hat dieser Tage die Einberufung des finnischen Reichstages zu einer außerordentlichen Sitzung erzwungen. Als Ziel hat die Lappo-Regierung die „vollständige Ausrottung des Kommunismus“ aus Finnland auf ihr Banner geschrieben. Daß dies nicht nur eine planmäßige Forderung der Regierung ist, zeigen u. a. zahlreiche Gewaltmaßnahmen wie z. B. die Verhaftung kommunistischer Druckerinnen in Oulu und anderen finnischen Städten und der Transport kommunistischer Reichstagsabgeordneter über die russische Grenze. Soweit ist das Programm der Lappoleute klar. Das große Rätselraten beginnt mit der Frage, welches sind die weiteren Ziele der Bewegung? Es ist ferner, daß sich gegenwärtig mehr als ein finnischer Politiker über diese Frage den Kopf zerbricht, hängt doch von ihr viel, vielleicht alles, für die weitere Entwicklung der politischen Lage in Finnland ab. An diesem Rätsel liegt schließlich auch der Grund dafür, daß die Zukunft Ereignisse bringen kann, die für Europa von großem Interesse sein können. Zeigen die kommenden Wochen, daß es den Führern der Lappo-Bewegung Ernst ist mit ihrer Revolutionsparole, so ist die neue Regierung, die sich in die Lage allmählich wieder konstituiert, haben aber die Gegner der Lappo-Bewegung recht und verbinden die Lappoleute ihr anti-kommunistische Haltung tatsächlich mit nationalfinnischen und faschistischen Bestrebungen, so ist die Gefahr ernst. Kämpfe durchaus gegeben.

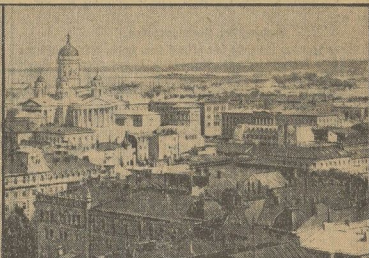
Die finnische Sozialdemokratie führt gegen die Lappo-Bewegung einen mutigen Kampf. Die Folge ist, daß ein Teil ihrer Organe in letzter Zeit heftigen Angriffen der Lappo-Bewegung ausgesetzt war.

Der Marsch auf Helsingfors.

Helsingfors, 7. Juli. Der Aufmarsch der Lappo-Bewegung in Helsingfors, der am Sonntag begann und am Montag zu Ende geführt wurde, ist völlig ruhig verlaufen. An dem Aufmarsch beteiligten sich etwa 10.000 Personen, die hauptsächlich in Sonderzügen nach der finnischen Hauptstadt transportiert wurden. Das Charakteristischem der Veranstaltung war die Teilnahme des Staatspräsidenten und der gesamten Regierung an der Kundgebung auf dem großen Senatsplatz. Als der Staatspräsident erschien, reichte er den Führern der Lappo-Bewegung demonstrativ die Hand. Mit dem Choral „Ein feste Burg ist unser Gott“ wurde die Kundgebung eingeleitet. Dann bestieg der Führer



Staatspräsident Svinhufvud



Blick auf Helsingfors.

der Lappo-Bewegung K. Koskela die Tribüne zu einer kurzen Erklärung folgenden Wortlauts:

„Wir haben uns am 16. Mai 1918 auf diesem Platz versammelt und glauben, daß unser Sieg über den Kommunismus endgültig ist. Aber wir haben die bittere Erfahrung machen müssen, daß die Landesverwalter sich nicht bestimmen durften und von der Tribüne des Reichstages ihre aufreizenden Reden hielten. So müssen wir wieder nach Helsingfors kommen, um dem Feind von damals den Kampf anzufangen. Vielleicht sind bei uns Fehler gemacht worden. Aber unser Ziel ist gut, und Gott ist mit uns.“

Der Staatspräsident, stürmisch begrüßt, lobte insbesondere die nachdrückliche Geltung der Lappoleute. Die Bergangenheit müsse nunmehr vergeffen werden, um an die Zukunft denken zu können. Die Kundgebung, an der sich auch ein großer Teil der Bevölkerung von Helsingfors beteiligte, war mit der Begrüßung des Staatspräsidenten beendet.

Die Vertreter der Lappo-Bewegung überreichten der Regierung am Montag eine Entschuldig, in der dem neuen Kabinett unter der Voraussetzung des Vertrauens ausgesprochen wird, daß der Kommunismus endlich reiflos vernichtet werde.

Brandstiftungen.

Außerordentliche Beunruhigung hat die Nachricht von Brandstiftungen in der Nähe von Helsingfors hervorgerufen. Man vermutet, daß Kommunisten die Täter sind. Beweise für diese Vermutung sind jedoch nicht vorhanden.

Die Haltung der Sozialdemokratie.

An der Worttagung des Reichstages hat die Sozialdemokratische Fraktion zeitweise teilgenommen. Sie beschloß jedoch, ihre weitere parlamentarische Mitarbeit von einer Erklärung der Regierung über die Gründe der Verschärfung mehrerer kommunistischer Reichstagsabgeordneter abhängig zu machen.

die Pensionslasten auf 72 Millionen Mark im Jahre hinaufgeschmetzt sind.

Wo solle das hinfielen?

Auch große bürgerliche Zeitungen, wie die „Königliche Zeitung“ und die „Königliche Volkszeitung“ verlangten Senkung des Reichswehretats. Herz forderte:

Schluß mit der Subventionsspolitik auch an lebensunfähige Länder. Den sozialdemokratischen Antrag auf Pensionierung machte der sozialdemokratische Redner zu einem Kernstück der sozialdemokratischen Finanzpolitik. Diese Kürzung sei notwendig aus Gründen der Gerechtigkeit und der politischen Psychologie. Die Sozialdemokratie werde auf Erledigung noch vor der Beratung bestehen und ihre Stellungnahme zu den einzelnen Vorlagen gerade von der Senkung der hohen Pensionen abhängig machen.

Zur Biersteuer

meinte Herz, daß die Biersteuer nicht mehr als jetzt zu zahlen gehabt hätten, wenn man gleich mit der Biersteuer höher hinaufgegangen wäre. Jetzt müsse man gegen eine weitere Biersteuererhöhung Bedenken tragen. Die Frage des Bierhandelsmonopols sei durchaus erwägenswert. Herz forderte weniger Schonung bei den Steuerrückständen und höhere Spannung der Vermögenssteuer. Es wies die bürgerlichen Parteien, die nicht widersprechen konnten, nachdrücklich darauf hin, daß sie jetzt auf die sozialdemokratische Forderung eines allgemeinen Zollsatzes für die Steuern oder Stellungnahmen zurückgreifen müßten.

Den Einwand der Kapitalflucht

habe man fallen lassen. Man habe jedoch einen zu geringen Prozentsatz des Aufschlags genannt, weil man die hohen Einkommen schonen wolle. Würde man auf die wirklich leistungsfähigen Steuerpflichtigen zehn Prozent Aufschlag zur Einkommensteuer erheben, so könne man

die Zehnjahressteuer vermeiden.

Diese Steuer sei kompliziert, passe nicht in das deutsche Steuersystem, bringe unerhörte Härten und werde eine dauernde Verärgerung hervorgerufen.

Das Notoser der Beamten

sei unten zu hoch und oben zu niedrig, die Lantiensteuer habe man fallen lassen, aber die

Sonderbesteuerung für Behördenangestellten

sei in den Vorlagen. Das charakteristische der Reichsregierung. Herz wandte sich hiergegen die Behauptung, die eine Verbesserung der Kräfte bedeute. Die Vorkürzung rebe die Regierung, aber in Wirklichkeit sei keine Kürzung zu beobachten. Sie regiere nicht durch Führung, sondern durch die

Erweiterung von Einkommen an Interessengruppen.

Der geplante Abbau der Sozialpolitik, die unvollständigen Steuerordnungen, die Sozialpolitik, die die Wirtschaftslage erschwere, der mangelnde Druck auf die Kartelle zur Preislenkung, die Ausnahmesteuer für Konsumgüter und Warenhäuser — alles das zwingt die Sozialdemokratie, dieser Regierung allein die Verantwortung für das zu lassen, was das Reichsamt Brining angestrichelt habe. (Beif. Beifall bei der Sozialdemokratie.)

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion

beschränkte sich auf eine formulierte Erklärung, die Jugenbergs parlamentarischer Agent, Herr Oberfahren, vorlas. Er brachte die alten Lebensansichten von Privatverpflichtungen und Beginn der Jungens-Reise vor, die schon deshalb zu unannahmlich sind, weil unter einer Regierung von Deutschnationalen nicht weniger, sondern höherer Zerkümmert werden müßten. Gegen die Sondersteuer für Beamten haben die Deutschnationalen an sich nichts, aber sie wollen nicht, daß diese Sondersteuer in die allgemeine Finanzwirtschaft hineingeworfen werde. Die ganze brutale Volkseindlichkeit der Deutschnationalen unter Jugenbergs Führung wird durch die Vorkürzung gekennzeichnet, durch die die Deutschnationalen den Fehlbetrag vermindern wollen. Kein Wort von einer Senkung der Ausgaben für den Heeresbedarf, aber die klare Forderung von

Senkung der Sozialausgaben,

von Restrukturierung der Betriebe der öffentlichen Hand, was Erhöhung der öffentlichen Betriebe bedeutet, und schließlich vor allem die Kopfsteuer für die Gemeinden. Oberfahren erklärte unter Beifall der Sozialdemokraten, daß die jetzige Reichsregierung eine sozialpolitisch-fiskalistische Politik betreibt.

Daraus läßt sich entnehmen, wozu eine geradezu massenverdrängende Steuerpolitik gemacht werden müßte, wenn erst Herr Jugenberg und Hüler ihr beiläufig Reich gegründet haben würden. Nach der Erklärung Oberfahrens müßte man eigentlich annehmen, daß die Deutschnationalen geschlossen und unbedingt gegen die Deckungspläne der Regierung stimmen werden. Aber man nimmt die deutschnationalen Festigkeit im Reichstag nicht ernst. Die deutschnationalen Fraktion gehört zu den Gruppen, die den Einkommen und den Steuern, was die Lösung zu ändern. Wenn ein entsprechendes Beschäftigt zwischen Jugenberg und Brining-Schleife gemacht werden kann, wird Dr. Oberfahren als getreuer Gehilfen leineth Chef Jugenberg, in acht oder zehn Tagen eine Erklärung im Reichstag verlesen, die genau das Gegenteil seiner Erklärung vom Montag enthält.

Hg. Dr. Neubauer (Komm.)

pricht der Regierung den Dank für die rasche Zerstörung aller sich an ihre Bildung knüpfende Illusion an, die nach zweijähriger Entschuldung der Müller-Regierung entstanden seien. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm sei eine Waise, da Reichsamt und Reichsregierung den Baumarkt selbst abgedroschelt hatten. Die Kommunisten würden einen Antrag einbringen, nach dem kein Gehalt über 4000 M zugelassen werden soll. Weiterberatung Dienstag.

„Er gefällt uns nicht, der neue Finanzminister!“

Bestimmung bei der Volkspartei und bei den Demokraten. Die gestrige Rede des Reichsfinanzministers hat sowohl im Lager der Deutschen Volkspartei als auch der Demokraten ziemlich heftige Reaktionen hervorgerufen. Die Volkspartei hat noch am Montag abend gegenüber dem Zentrum und dem Reichstanzler Brining heftige Beschwerde darüber geführt, daß der Reichsfinanzminister es für notwendig gehalten hat, auf die Forderungen der Deutschen Volkspartei auch nur irgendwo einzugehen und bestimmte feuerpolitischer Forderungen der Volkspartei von ihm sogar von der Erlösung des Reichstages trennt wurde. Die Demokraten sind vor allem über Anweisungen des Finanzministers über den Hansa-Bund, an dessen Spitze der Demokrat Fischer-Klein steht, außerordentlich erbost. Sie hielten wegen der gegen den Hansa-Bund gerichteten Angriffe noch am Montag abend eine Fraktionsversammlung ab, in der Reichsfinanzminister Dietrich — wie es heißt — „einige notwendige Zusicherungen gab“. Es ist nach allem nicht von der Hand zu weisen, daß die Situation trotz der an sich ziemlich gelassenen Rede des Reichsfinanzministers eher eine Verschärfung als eine Entspannung erfahren hat und die jetzt Tagen so optimistische Regierung Brining

1000 Jahre Parlament in Island

Wird auf die großen Festspiele bei Reykjavik, bei denen der genaue Verlauf eines „Mithras“, der Verfilmung des altisländisch. Reichstages wiedergegeben wurde.



ning sich wieder einmal ernsthaft den Kopf darüber zerbricht, wie sie für diese Deckungsanlagen eine Mehrheit im Parlament erreichen kann. Angesichts dieser Situation gewinnt die Möglichkeit daß die Deckungsanlagen der Regierung auf Grund des Barographen 48 der Reichsversammlung in Kraft gesetzt werden, mehr und mehr an Wahrscheinlichkeit. Die Beratungen des Steueraususses des Reichstages dürften darüber schon in den nächsten Tagen die erforderliche Klarheit schaffen.

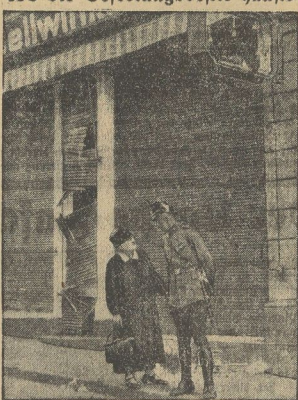
Von den von der Reichsregierung geplanten Vorkürzungen am Etat sollen, wie aus von unterrichteter Seite verliefert wird, in erster Linie die Ausgaben des zuständigen Amtes und des Reichswehrministeriums betroffen werden. Die an dem Reichswehretat vorgesehenen Vorkürzungen umfassen angesichts Summen in Höhe von 35 Millionen Mark. Vorkürzungen in ähnlicher Höhe sind an dem Etat des zuständigen Amtes geplant. An dem Etat des Reichsarbeitsministeriums sollen kleinere Vorkürzungen vorgenommen werden.

Die Kopfsteuer.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei

wünscht die Aufnahme der Kopfsteuer in das Steuerprogramm der Regierung. Sie hat die Reichsregierung von dieser Forderung bereits unterrichtet, trotzdem der Reichsfinanzminister die Kopfsteuer am Montag abgelehnt hat.

Wo die Befreiungsbefreiung haufte.



Demokrater Eaden in Westboden.

Briands Europapakt.

Das Reichskabinett

besetzte sich am Montagabend in einer mehrstündigen Sitzung mit dem Text der Antwortschrift auf das paneuropäische Memorandum des französischen Außenministers. Die Beratungen, die sich außerordentlich lebhaft gefaltet, und namentlich schon das zweite Mal vertagt werden mußten, sollten in den nächsten Tagen zum Abschluß gebracht werden.

Mussolinis „Vorbehalte“.

Paris, 8. Juli. (Eg. Drohth.) Die italienische Antwort auf das Europamemorandum Briands, deren Text am Montag spät abends veröffentlicht worden ist, findet ihrer Vorbehalte wegen in der Pariser Presse durchweg eine ausgesprochen schlechte Aufnahme. In seinen Vorbehalten, fünf an der Zahl, verlangt Mussolini:

1. die volle Wahrung der Souveränität der angeschlossenen Staaten, den Schutz der Rechte der kleinen Mächte, die volle Gleichberechtigung und die Wahrung aller Spuren des Unterschieds zwischen Siegen und Besiegten.
 2. Eintritt Rußlands und der Türkei in den Europapakt.
 3. Erneuerung des Paktes zu einem weltumfassenden System der Solidarität und der Zusammenarbeit.
 4. die vollständige Vertreibung aller der kleinen Mächte im Gebietsschutz des Bundes und schließlich die allgemeine Wahrung als Hauptziel des Bundes, da die Sicherheit durch den Bänderbund, den Kellogg-Pakt und die Locarno-Verträge genügend garantiert sei.
- Alle diese Forderungen glaubt die Pariser Presse nicht mit Unrecht als demagogisch bezeichnen zu können.

Der Sekt der Schieber.

Der Berliner Magistrat

hat am Montag beschlossen, gegen mehrere Wähler, die im Anschluß an die letzten Reichstagsverhandlungen in Sachen des Direktors der Berliner Verkehrs-Gesellschaft, Polat, und die dabei gemachten einseitigen Aussagen der Brüder Klarer gegen Bürgermeister Scholz irgendwelche mit dem Gesetz in Widerspruch stehende Schlußfolgerungen gezogen haben, Einspruch zu stellen. Die Wähler des Bürgermeisters Scholz richtet sich vor allem gegen die Behauptung der Brüder Klarer, daß er beim Verfall des Jahres 1929 hunderttausend an dem Gehalt der Klarers gelassen und daß an dem Satz der Schieber wohnen habe.

Internationaler Gewerkschaftskongreß.

Die Eröffnungs-Sitzung.

Stockholm, 7. Juli. (Eg. Drohth.) Am Montag wurde der 5. ordentliche Internationale Gewerkschaftskongreß im Stockholmer Kongresshaus eröffnet. 240 Delegierte aus Deutschland, Belgien, Kanada, Dänemark, Estland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Lettland, Litauen, Norwegen, Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei und Ungarn nahmen an der Eröffnungsfeier teil. Durch Beobachter sind vertreten: Leppänen, Australen, Britisch-Indien, Finnland, Japan, Kuba, Neuseeland und Norwegen. Leon Jouhaux eröffnete im Namen des Vorstandes des IOB den Kongreß. Er gab in seiner Begrüßungsrede einen kurzen Überblick über die Arbeit des IOB seit der Wiedererrichtung des Bundes im Jahre 1919 in Amsterdam, sowie eine Zusammenfassung auf dem Stockholmer Kongreß zur Verhandlung stehenden Probleme.

Die Bedeutung des IOB für die zwischenstaatliche Entwicklung im letzten Jahrzehnt wurde von Jouhaux eingehend geschildert. Die Gewerkschaften, so führte er aus — betonen freiwillig, daß nicht alle Ziele, die sie sich setzen in Amsterdam und heute in London gesetzt haben, erreicht worden sind. Der Kampf in dem verflochten, noch unter dem Zeichen der Kriegsempfindungen stehenden, Jahrzehnt ist schwer und wechselläufig gewesen. Es muß jedoch als unerfennbarer Erfolg der internationalen Gewerkschaftsbewegung angesehen werden, daß sie nicht nur ihre Position gegen die Angriffe der Reaktion zu verteidigen gelernt hat, sondern auch ihre eigene Zukunft sichern konnte. Auf die Situation des Krieges, die heute nach keineswegs durchgefallen ist, wie auf die Organisation des Friedens kann der IOB mit Benutzung juristischer Mitarbeiter in der Regelung der Reparationsfrage, Förderung der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes in Genf und damit verbundenen Maßnahmen an den Bemühungen um Abklärung der Streitigkeiten im Arbeitspunkte, um die sich der IOB nicht ohne Erfolg bemüht hat. Entschuldigend für die weitere Entwicklung ist jetzt die Frage der wirtschaftlichen internationalen Organisation, mit der sich Arbeiterschaft und Gewerkschaftsvertretung auseinandersetzen müssen. Die Arbeiterschaft muß eine Reihe der wichtigsten hierzu gehörigen Probleme in Angriff nehmen, wie allgemeine wirtschaftliche Richtlinien, ein sozialpolitisches Programm und eine Aktion zur Herbeiführung eines wirtschaftlichen und dauerhaften Friedens. Den nationalen Gewerkschaftsbewegungen dürften keine starren und dauernden Regeln aufzuzwingen werden. Die internationale Aktion, zu der die Welt immer mehr drängt, muß vielmehr die Verschärfung der Tradition, Methoden und jeweiligen Lage berücksichtigen und zu einer harmonisch gemeinsamen Arbeit bringen.

Am Schluß an die Eröffnungsfeier „Rebaur“ begrüßte der Vorsitzende der schwedischen Bundesorganisation, Edward Johanson, im Namen der schwedischen Arbeiterschaft die Delegierten und Gäste des Kongresses. — Den Abschluß der Begrüßungsfeier bildete ein Festkonzert unter Mitwirkung des Stockholmer Arbeiter-Gesangsvereins.

Die eigentlichen Verhandlungen beginnen am Dienstagvormittag.

Sachjen.

Die Sozialdemokratie für Koalitionsspolitik.

Dresden, 7. Juli. (Eg. Drohth.) Die Landesbesten der Sozialdemokratischen Partei Sachsens und die Sozialdemokratische Landtagsfraktion faßten am Montag folgenden Beschluß:

„Die Sozialdemokratie ist nach wie vor bereit, auf der Grundlage ihres im März aufgestellten Programms die Regierung unter ihrer Führung zu übernehmen und mit den anderen Parteien zu verhandeln, die bereit sind, an der Durchführung dieses Programms mitzuwirken. Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion wird als Ministerpräsidenten der Reichstagsabgeordneten Alpinisti vorkommen.“

Die Bürgerlichen können sich nicht einigen.

Dresden, 7. Juli. (Eg. Drohth.) Die am Montag stattgefundenen interfraktionellen Besprechungen der sächsischen Reichstagsparteien über die Regierungsbildung wurden nach einer knappen Stunde ohne positives Ergebnis abgebrochen. Die Beratungen sollen am Mittwoch fortgesetzt werden.

Die Nationalsozialisten fordern im Verlauf der Erörterungen u. a. die Herabsetzung der Ministergehälter auf die Hälfte. Diese aus agitatorischen Gründen erhabene Forderung stieß bei den übrigen vertretenen bürgerlichen Parteien auf Widerspruch.

Familie Nientimp.

Bochum, 7. Juli. (Eg. Drohth.) Der Schwager des wegen Verleumdung aus der Zentrumspartei ausgeschlossenen Reichstagsabgeordneten Nientimp, der Zentrum-Statthalter und Mitglied des Innenausschusses Dietrich wird neuerdings ebenfalls große Schwierigkeiten befechtigt. Er soll im Jahre 1925 zurzeit der Aufnahme mehrere 100 Millionen Mark Wobsthabrechte des Reiches für das Bochumer Handwerk zu seinem persönlichen Vorteil verhandelt haben.

Gegen die Amnestie der Fememörder.

Der preussische Ministerpräsident

hat im Namen der preussischen Regierung gegen die vom Reichstag mit Zweidrittelmehrheit beschlossene Amnestie der Fememörder kein Reichsamt Einverständnis erlassen lassen.

Sherlok Holmes gestorben.



Conan Doyle

In der ganzen Welt durch seine Sherlock-Holmes-Detectiv-Geschichten bekannt geworden, ist in London im Alter von 71 Jahren gestorben. Conan Doyle war wohl der populärste Mann, den es je gegeben hat. Sein noch so bekannter Schriftsteller kann sich der Preisentlohnungen rühmen, die Conan Doyle mit seinen „Schmären“ erzielte. Es soll sich um Millionenaufwände handeln, Conan Doyle wurde durch seine Sherlock-Holmes ein wirklich reicher Mann. Man hat ihn verurteilt, man hat ihn in alle sog. Kulturstaaten überliefert, illustrierte und weniger illustrierte Blätter sind der Segnungen dieser kriminal-literarischen Romanenreihen unzählige Zeilen gewidmet. Aber Conan Doyle hat nicht nur den Sherlock-Holmes erfunden, er war auch ein Prophet. Lange vor dem Kriege erschien eine phantastische Interieur-Geschichte von ihm, in der er in allen Details den U-Boot-Krieg des Weltkrieges schilderte.

Nachmals Jorns.

Der Reichsanwalt Jorns, der bei der Ermordung von Reichsnot und Hofa Burgum eine sehr zentrale Rolle spielte, war schon zweimal der Mittelschicht eines großen politischen Bezuges. Der Redakteur des „Lagebuch“, Josef Bornheim, hatte gegen diesen forderbaren Reichsanwalt schwere Anklagen erhoben, die darin gipfelten, daß Jorns weder sachlich noch persönlich geeignet sei, als Reichsanwalt weiter zu fungieren. Beide Prozesse verließen für Jorns höchst blamabel. In der Berufungsbehandlung wurde Bornheim jedoch wegen formeller Bedenken gegen eine Geldstrafe von 100 Mark verurteilt. Der eigentliche Beurteilte bei der Sache war Jorns.

Nun haben beide Teile gegen das Urteil beim Reichsgericht Revision eingeleitet. Bornheims Revision, die Aufhebung des Urteils wegen formeller Bedenken; wurde kostenpflichtig verworfen. Jorns Revision aber hatte Erfolg. Das Urteil ist nicht ihm zugrunde liegenden Feststellungen wurde aufgehoben und die Angelegenheit zur neuen Verhandlung an die Bornheims, Genberger 8 in Berlin zurückgewiesen.

Die weiße Schmach.

Eine Erklärung des deutschen Reichsaussenministers.

Auf die gefälschten Vorstellungen des französischen Volkstribunals in Berlin wegen der Gewalttaten gegen Separatisten im Rhein- und bei der Reichsarmee in Frankreich zu verurteilen, ist die Reichsregierung die Gewalttaten verurteilt und sich der Unbilligkeit der Anschuldigungen physiologisch aus dem Ausdruck der Leiden schloßen über das höherergerichtliche Treiben der Separatisten erklärte. Der Reichsaussenminister hat ferner dargelegt, welche Maßnahmen die Reichsregierung von sich aus und auf ihre Veranlassung die Landesbehörden zur Durchführung der Anzeigereinstellungen ergreifen haben.

Ein neuer Fall in Teier.

Teier, 8. Juli. (Zelunion). Am Montag wurde das Haus eines angeblichen Sonderbündlers gestürmt und die Einrichtung verlor. Nach Witternachts konnte sich eine nach Hunderten zählende Menschenmenge in der Grenzburger Straße. Als die Polizei erschien, nahmen die Leute eine bedrohliche Haltung gegen die Beamten ein. Wäpfig fielen aus dem Hause mehrere Schüsse, die das Signal zu einem Sturm waren. Die Menge drang in die Räume ein und schlug alles kurz und klein. Einige untergeteilte Automobile wurden hier beschlagnahmt. Der Polizei gelang es nach vierer Wälle, die Menge abzurufen.

Der französische Volkstribunal in Berlin

sprach am Montag im Auftrag seiner Regierung in Paris die Urteile über die Verurteilung der Gewalttaten gegen Separatisten im Rhein- und bei der Reichsarmee in Frankreich. Die Urteile sind im Haag getroffenen Abmachungen widersprechen. Eine Note wurde nicht übergeben.

Der Ludendorff von Bolivien.

Man behält ihn lieber noch in Gewahrsam.

Buenos-Aires, 8. Juli. (Zf). Die bolivianische Regierung hat zur Prüfung des Verhältnisses des Deutschen Ludendorff in Bolivien eine Kommission entsandt, die vor allem darüber entscheiden soll, ob Ludendorff die Ausreise aus Bolivien gestattet werden soll. Mit der bisherigen Möglichkeit einer derartigen Ausreise wird nicht gerechnet. Bisher wird die Genehmigung zur Ausreise verweigert, weil man befürchtet, daß Ludendorff anderen lateinamerikanischen Mächten militärische Informationen zukommen lassen könnte.

Zur Lage in Indien.

Bombay, 7. Juli. (Zf, Drabth). Im Anschluß an die jüngsten Demonstrationen und Zusammenstöße im Poona-Distrikt hat nunmehr die englische Regierung sämtliche Versammlungen und Kundgebungen in dieser Provinz und in ihren Städten verboten. Jede Versammlung von mehr als 5 Personen wird als Gesetzesübertretung betrachtet und dementsprechend behandelt. Trotz dieser Anordnung kam es am Montag zu einem Umzug in Poona, an dem sich 8000 Personen beteiligten. Polizeiliche Verfügungen wurden außer Acht gelassen. Viele Demonstrationen wurden verhaftet.

Seine englische Anleihe für Rußland. Außenminister Henderson erklärte am Montag im Anschluß an den Bericht des Reichsaussenministers, irgend eine Anleihe für Rußland in Verbindung mit der im Juli zusammenzutretenden englisch-russischen Fortschrittsschüler-Konferenz zu gewähren.

Zusammenstöße mit Kommunisten.

Frankfurt a. M., 7. Juli. (Zf, Funfm). In Bensheim an der Bergstraße kam es am Sonntag zu heftigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei, bei denen es acht Schonen verletzte gab. Ein Trupp von mehr als 600 Kommunisten kam von einem roten Tag in Bonn zurück und ließ in Bensheim mit den Teilnehmern der Wiedereröffnung des ehemaligen 117. Regiments zusammen. Es kam zu einem ernsthaften Handgemisch, so daß die Polizei einreiten mußte. Als sich die Kommunisten, die erbeulig in der Mehrheit waren, gegen die Polizei wandten, gab die Polizei scharfe Schüsse ab. Dabei wurden vier Kommunisten ziemlich schwer verletzt. Aber auch die Polizei hat vier Verletzte. In Darmstadt stellte man den Trupp und nahm etwa 300 Verhaftungen vor. Der Rest zog nach Frankfurt, weiter, wurde aber an der Schützengasse von einem starken Polizeiaufgebot erwartet und in das Frankfurter Polizeigefängnis gebracht, wo die Namen von 280 Kommunisten festgelegt wurden. Da sich keine Anhaltspunkte dafür ergaben, daß sich die Täter unter den Verhafteten befanden, konnten die Verhaftungen nicht aufrechterhalten werden. Andere kommunistische Truppen haben sich auf der Rückreise nach Mainz schwerer Auseinandersetzungen schuldig gemacht. Sie drangen in Quirchheim in ein Haus und verletzten den Besitzer durch einen Messerstich schwer. Auch in diesem Falle konnten, trotz der Kommunisten in Mainz noch in der Nacht durch die Polizei verurteilt werden, die Täter nicht ermittelt werden.

Die deutsch-französischen Saverehandlungen sind am Montag nach monatelangen erfolglosen Besätzen „aufgehört“ worden. Da es sich bei der Unterbrechung der Verhandlungen um eine mehrmonatige Ferienpause oder um den endgültigen Stillstand handelt, muß die Zukunft gesehen. Für Oktober ist zwar die Wiederaufnahme der Verhandlungen in Aussicht genommen, jedoch nur unter der Bedingung, daß die beiden Regierungen nach eingehender Prüfung der mageren Verhandlungsergebnisse die Erfordernisse für die künftigen Besprechungen für groß genug halten.

Aus aller Welt.

Das Eisenbahnunglück in Italien.



Das Trümmerfeld der beiden eisenbahnigen Züge, die bei Soffa (nördlich von Bologna) infolge fehlerhafter Weichenstellung gegen-einanderkamen. 15 Personen wurden getötet, 35 verletzt.

Ein Gefängnis-Skandal.

Vor dem Amtsgericht Wilhelmshaven begann am Montag der Prozeß wegen einer im August des vorigen Jahres bekannt gewordenen Gefängnisflucht. Angeklagt sind ein Aufzucht- und wachmeister, ein Aufzucht- und wachmeister, drei Badmeister und ein Beamter. Einer der Hauptbeteiligten, ein Aufzucht- und wachmeister, hatte sich im letzten Herbst erschossen. Die Angeklagten werden beschuldigt, das vollendete Missetatensbrechen, begangen an dem Gefängnisinsassen, ferner der Beteiligung zum Mord, der Untreue im Dienst usw. beschuldigt. Im Wilhelmshavener Amtsgerichtssitzungssaal waren feierlich zwischen Gefängnisbeamten und weiblichen Gefangenen Liebesverhältnisse und unerlaubte Beziehungen angedeutet worden, die in einem Falle zu einer Selbsttötung in der Zelle führten. Eine Handlung wurde im Garten des Gerichts entdeckt. Die handlungsartigen Vorgänge kamen durch die Entdeckung einer früheren Gefängnisflucht am Tageslicht, als sie von Beamten, mit denen sie in einem verkehrte, größere Gebührenden verlangte. Mehrere Verhaftungen und umfangreiche Vernehmungen waren die Folge, da die Vorermittlung zum Teil bis vor dem Weltkriege zurücklag und auch die damaligen weiblichen Gefangenen zur Unterstützung des Tatbestandes befragt wurden. An diesen Verhören wurden über 80 Personen beteiligt. Der Prozeß, der unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wird, dürfte nicht vor dem 15. Juli beendet werden.

Mord oder Unglücksfall? Am Montag vorzeitig wurde in Berlin aus der Spree die halbverlebte Leiche eines Mannes geborgen, der an der rechten Hüfte eine schwere Stichverletzung hatte. Die sofort herbeigerufene Mordkommission stellte fest, daß der Leiche, ein 30-jähriger Kaufmann, am Freitagabend eine Ruberpartie auf der Spree unternommen hatte und von dieser Fahrt nicht zurückgekehrt war. Das Boot mit dem Taktet des jungen Kaufmannes war in der gleichen Nacht aufgefunden worden. Die bisher angestellten Ermittlungen machen einen Selbstmord oder einen Unglücksfall unwahrscheinlich.

Schredensrat eines Gefeststrafen. Im Park der Grazer Arenastadt wurde hinter einem Gebüsch die Leiche der zehnjährigen Tochter des Antikarzes Dr. Marek gefunden. Nicht weit von der Leiche enthielt ein Paket mit getötenen Karoloffen. Die Leiche wurde in einem Graben in der Nähe eines 55-jährigen Antikarzes gefunden, der bereits seit 30 Jahren wegen Schwelgerei interniert ist, gesehen worden. Wer er verurteilt wurde, gefand er die Leiche; der Antikarzes des Mädchens habe ihn so in Wut gebracht, daß er es mit seinem Taschenmesser erschossen habe.

Beim Baden ertrunken. Bei einer Badbesuchfahrt auf der Saale ertrank am Montagabend in der Nähe der Fraueninsel, Graf Stolberg-Bernierode, ein Bruder des aus dem Hannoverischen Prozeß bekannten Grafen Christian Stolberg-Bernierode. Die Leiche konnte nicht geborgen werden.

Ein Vorkämpfer der modernen Dichtung.



Julius Hart

ist in Berlin im Alter von 71 Jahren gestorben. Er gründete zusammen mit Gerhard Hauptmann, Bruno Wille und seinem Bruder Heinrich die naturalistische Bewegung. Später hat er sich neben seinen literarischen Arbeiten durch seine Übersetzungen und Kritiken einen Namen gemacht.

Geständnis im Meußhöfner Prozeß.

In Barock begann am Montag der Prozeß gegen die beiden Arbeiter Schubert und Popp, die angeklagt sind, die Gattin des Kommerzienrats Meußhöfner ermordet zu haben. Der Angeklagte Schubert gibt eine Schilderung der Vorgänge in der Mordnacht. Dabei stellt sich heraus, daß die Angeklagten auch in den Jahren 1927 und 1928 schon Einbrüche in der Villa Meußhöfner verübt haben. In der Mordnacht selbst sind Schubert und Popp am Wirtshaus der Villa zu dem im ersten Stock befindlichen Balkon hinaufgestiegen. Als Frau Meußhöfner nach einiger Zeit durch ihr Schlafzimmer in das daneben gelegene Badezimmer ging und die Schlafkammer offen ließ, schlüpfen sich die Angeklagten durch das Schlafzimmer in das Zimmer des Kommerzienrats und warteten dort ab, bis Frau Meußhöfner zu Bett gegangen war. Nach einer Weile hörten sie, daß der Kommerzienrat nach Hause gekommen war, kürzten sich auf die schreiende Frau Meußhöfner und steckten ihr einen Knebel in den Mund. Auf die Frage der beiden Einbrecher deutete Frau Meußhöfner an, daß sich ihr Kleiderkasten unten im Aufzug befinde. Da sie inzwischen dem Zimmer, in dem das Verbrechen stattfand, Herr Meußhöfner bedankt, verabschiedeten die beiden Einbrecher durch die Balkontüre auf die Straße. Im Zimmer der Frau Meußhöfner war unterdessen das elektrische Licht eingeschaltet worden. Meußhöfner mußte also den Überfall auf seine Frau bereits entdeckt haben. Die beiden geflüchteten Einbrecher nahmen deshalb an, daß er sofort die Polizei alarmieren würde.

An dieser Stelle der Schilderung bricht der Vorkämpfer sein Erstaunen darüber aus, daß Herr Meußhöfner nicht gleich die Polizei benachrichtigt hätte, obwohl dies selbstverständlich hätte erscheinen müssen. Der Angeklagte Schubert fügt hinzu, es sei nicht ihre Absicht gewesen, Frau Meußhöfner zu töten oder zu quälen. Er und Popp hätten Frau Meußhöfner lediglich durch den Knebel zum Schwören bringen wollen. Der Tod der Frau sei ihnen lieb, und es sei eigentlich unerklärlich, wie durch den Knebel der Tod herbeigeführt worden sei.

Unter großer Spannung des ganzen Gerichtssaales erklärten Kommerzienrat Meußhöfner und gab seine Wahrnehmungen aus der Mordnacht wieder. Der Staatsanwalt stellte die Frage, mit der dieser Prozeß liebe und solle, nämlich, ob sich Kommerzienrat Meußhöfner in irgendeiner Weise in dieser Nacht an seiner Frau vergreifen habe, worauf Meußhöfner mit lauter Stimme ausbrach: „Nein, nein und abermals nein!“

Blutiger Kampf mit einem Banditen. An dem rumänischen Bezirk Baki überfiel auf offener Landstraße ein Bandit einen Getreidehändler, der nach Erledigung seiner Geschäfte in der Gegend mit seinem Pferdewagen heimwärts. Mit vorgehaltenem Revolver zwang der Bandit sein Opfer zur Herausgabe der 100 Dollar, die der Händler bei sich trug, und raubte ihm außerdem seinen Wagen, mit dem er in rufender Fahrt floh. Kurz entschlossen griff der betraute Getreidehändler ein mähendes Pferd auf, verfolgte den Räuber, alarmierte alle Leute, die ihm begegneten und freilich mit ihm den Räuber ein. Der Räuber ergab sich nicht, sondern eröffnete ein wildes Revolverfeuer, durch das ein Landmann schwer, mehrere andere der Verfolger leichter verletzt wurden. Erst nach großen Schwierigkeiten gelang es der Menge, den Räuber festzunehmen. In wilder Wut über den feinen Überfall des Banditen und erregt durch die dem einen Landmann zugefügte schwere Verletzung warfen die Leute den Räuber zu Boden. Man ihn mit Eisenstift und Sägen mit Sägen, Sägen und anderen Werkzeugen auf ihn ein, so daß nach wenigen Minuten die Landstraße vom Blute des Ermordeten gerötet war.

Verhafteter Delantant. Der Spanbauer Stadtfeldreis Mante, der kürzlich nach Unterjagdung von 12000 Mark geflüchtet war, ist in Zell am See bei Salzburg verhaftet worden. Mante hatte nur noch einen geringen Teil des unterstehenden Geldes in seinem Besitz.

Letzte Nachrichten

(Eigene Haut- und Drahtberichte)

Ein Verhaftungszug auf der Ostsee. Stettin, 8. Juli. (Zf). Das fahrplanmäßige Flugzeug der Deutschen Luftfahrt, das den Dienst zwischen Stettin und Stockholm verkehrt, und das am Montag um 14 Uhr Stettin verlassen hat, hat sein Ziel nicht erreicht und ist seit Montag losgelassen verschwunden. Deutsche Torpedoboots und schwedische Kriegsschiffe haben sofort die Suche nach dem Flugzeug aufgenommen. Das vermisste Flugzeug ist ein Dornier-Waldflugboot, das zwei Motoren besitzt und eine außerordentlich große Schwimmfähigkeit hat. Außer der Besatzung mit dem Boot von Polkagieren besteht darunter vier schwedischen Seemannsbesatzung.

Das Urteil im Delantant-Kaufmänneprozeß. Oldenburg, 8. Juli. (Zf). Das Schwurgericht Oldenburg verurteilte die Angeklagten im Delantant-Kaufmänneprozeß C. E. L. kamp, Marin und Wöhrt zu je 10 Jahren Zuchthaus. Die Verteidigung hat gegen das Urteil förmlich Berufung eingelegt.

Auch das reichste Land kann sich das Vertrauen nicht leisten. Washington, 8. Juli. (Zf). In einer Vollversammlung des Präsidenten Hoover an den Senat hielt es, daß die Mobilisierung des Sonderer Flottenvertrags im amerikanischen Interesse liegt. Die Annahme, daß die Vereinigten Staaten es sich als reichste Nation der Welt leisten könnte, die Flotten anderer Nationen zu überbieten, sei töricht.



Sorsthaus

Mittwoch, den 9. Juli 1930

Garten-Konzert

Leitung: Konzertmeister FRITZ FIEDLER
Autobus-Verbindung.
Fahrpreis 15 Pf. für Gäste des Forsthauses
ff. Kaffee, 1/4 Portion bei Konzert 50 Pf.
Wochentags, ohne Konzert . . . 32 Pf.

Sonntag:
Wahl der Sommer-Königin 1930
Das Publikum wählt.

Wartburg

jeden Mittwoch und Sonntag
nachmittags 3 1/2 Uhr:

Künstler-Konzert

Persönliche Leitung Herr Kapellmeister
Görcke. Eintritt frei

Sternwarte

jeden Mittwoch und Sonntag
Künstler-Konzert

Anfang 3 1/2 Uhr :: Eintritt frei

Spiegelsberge

Mittwoch, den 9. Juli 1930
nachmittags und abends

Großes Garten-Konzert

Gesangs-Einlagen von Herrn
Hermann Bollmann
vom hiesigen Stadt-Theater

Anfang 3 1/2 Uhr Eintritt frei!

Wohlfleiler Tag der Hausfrau auf der Wartburg.

Jede Hausfrau trinkt am Mittwoch, den 9. Juli 1930, nachmittags ihren Kaffee auf der Wartburg.
An diesem Tage erhält jeder Besucher bis 6 Uhr, auf 1/4 Portion Kaffee

1 Portion Kirschkuchen gratis

Hausfrauen, macht von diesem einmaligen Angebot durch Euer vollzähliges Erscheinen ausgiebigen Gebrauch.

Künstler-Konzert

Kapelle Görcke.
Eintritt frei! Eintritt frei!

Mangolds Restaurant & Kaffeegarten

Am Bullerberg
Inhaber: Erich Mook.

Morgen Mittwoch, den 9. Juli
Großes Kinder-Fest

Jedes Kind erhält eine Überraschung ff. Gebäck ff. Bratfisch

Landhaus am gläsernen Mönch

empfiehlt täglich von 6 bis 8 Uhr abends:
ff. neue Kartoffeln
mit Matjesheringe

Eine große Portion mit Butter für nur
45 Pfennig

Bedienungsgeld wird nicht erhoben!
Der Landhausweg durch die Thekenberge ist
abends elektrisch beleuchtet!

Fleischerjacket Lagermäntel Arbeitswesten Berufskleidung

jeder Art
von 2.50 Mk. an
Emil Pfeiffer
Salmstraße 24

Schreibbüro

Frau S. Breitenstein
lebt:
S. d. Münze 16.
Gute Arbeiten in Schreib-
maschinen, Stenographie, Buch-
führung, Spezialität: Büffens-
schäftliche Arbeiten.

Motorrad- und Auto-Nummern Schilder

schreibt nach Vorschrift
schnellstens

Atelier Ruprecht

Gädneraugenpflaster
auf altem Samt.
Schüleraugen-
Kolobium u. Kulinieren
Rats- u. Apotheke.

Billiger Verwaltungs-Sonderzug vom 13.-15. Juli nach Lübeck-Hamburg

Dampferfahrt nach Blankenese.
33 1/2 %, Fahrpreisermäßigung. Günstige Anschlüsse
Kartenvorverkauf und weitere Auskünfte durch alle Fahrkartenausgaben und Reisebüros.
Reichsbahnwerkstättenleiter
Aßchersleben. Halberstadt.

Postautofahrt!

Sonabend, 9. Juli 1930
Halberstadt-Ziegentopf-Alt-
brat-Zieseburg und zurück.

9 1/2 Fahrt Holzmarkt 14 Uhr, Fahr-
preis 3.25 Mark. Anmeldung beim
Stadt. Verkehrs- u. Wirtschafts-
Amt, Holzmarkt



„Glaug“
Seifmangel

7 Höheweg 7 im Süden ab. Drogerei in Betrieb.
Vorherige Anmeldung zwecks Zeiterteilung erwünscht.
Seifmangeln jederzeit geliefert.

Taverua-Blüten

Her. 24 für Juli
sind in !!

Junges Mädchen, ca. 15 Jahre, als Aufwartung für Geschäft sofort gesucht. Zu erf. l. d. Geschäftl. d. Hg.

Gewissenhafter
Hausdiener
ca. 18 Jahre, für sofort
geht

**Musikhaus
Eduard Barth.**

**Aleiderjohant
zwei Bettstellen**
Rückenstuhl, Kommode,
Spiegel, Sofa, Tisch, Stühle,
Glaschrank, 21. Caschöcher
billig zu verkaufen
Wegeleberstraße 5, III. L.

Bekanntmachung.

Die diesjährige Rennbahn- und Waldrennerei der Stadt Wernigerode (einseitig, der auf den Schützen) soll am
Freitag, den 11. Juli, vormittags 12 Uhr
in der Schützenhalle „Rudolph Schöne“, Breitenstraße 30,
öffentlich unter dem im Termin bekanntzumachenden Bedin-
gungen verpachtet werden. Von der Verpachtung werden
die ersten 48 Stühlerinnen am „Rathen-Mittelsommer“ von der
Wernigeröder Chaussee ab ausgenommen.
Wernigerode, den 7. Juli 1930.
Der Magistrat (Bauverwaltung).

Die Fläche von 100 qm Steine aus der Viehwerte
bis zur gegenwärtigen Straße soll einschließlich Auf- und
Abfahren an den Mindestfordernden vergeben werden. Die
Entfernung beträgt vom Stein etwa 500 Meter.
Die Steine sind ca. 60 cm Steine vom Galtzen Brunnen
auf die Gelberonnen-Chaussee und auf die Döle anzufragen.
Die Entfernung beträgt 150 bis 200 Meter.
Der Betriebsbezug gibt genauere Auskunft; die Stein-
anfrage muß bis zum 10. d. Mts. beendet sein.
Angehörige im verpachteten Umfang mit der Aufschrift
„Steinverpachtung“ sind bis
Freitag, den 11. Juli, vormittags 11 Uhr
in der Städt. Oberförsterei, Ziegengasse 131, einzureichen.
Wernigerode, den 7. Juli 1930.
Der Magistrat (Forstverwaltung).

Naturheilpraxis

Behandlung sämtlicher Krankheiten,
besonders schwerer chronischer Leiden.
Dem Wunsche meiner Patienten entgegenkommend, halte ich
Sonntags von 11 bis 3 Uhr Sprechstunde in **Halberstadt,
Richard Wagnerstraße** (früher Königstraße) 27, D. R.
Frau **Acne Tendam**, Braunschweig, Petritowwall 10.

Ihr Vorteil bei uns ist,
beste Ware zu äußerstem Preis

Oele, Lacke, Farben und alle Bedarfsartikel

für Lackierungen und Anstriche
fachmännisch ausprobiert und von anerkannter
Güte, kaufen Sie am besten und preiswert bei der

Rohstoff-Genossenschaft der Maler

Blücherstr. 19. Geschäftszeit von 8-12 u. 2-5 Uhr. Fernr. 1611

Schablonen, Bohnerwachs, Salmiakgeist
Kostschutzfarben, Isoleremittel geg. feuchte Wände

Die ganze Familie trinke zur Stärkung und Gewunderhaltung Körsirfer Schwarzbier

Ausgang vom Fab in der Reisgärtchen, d. d. Stadtaus.

Sonnengebräunt durch Nivea-Oel

auch das beste Mittel gegen
Sonnenbrand, Flasche 1.25

Jade-Salbol 1.85
Diaderma 1.20

Drogerie
Fritz Bösche
Breitweg 11-12.

Gegen alles
Ungeziefer
wirken meine vorzüglichsten
Ungeziefermittel.

Schloß-Lichtspiele

Am Bahnhof Westerntor.

Noch 3 Tage
TON-FILM
Das lockende Ziel
mit
Richard Tauber

Dienstag — Mittwoch — Donnerstag
noch gespielt.

Täglich zwei geschlossene Vorstellungen.
I. Vorstellung II. Vorstellung
Beginn 5 Uhr Ende 8 Uhr
Beginn 11 Uhr Ende 11 Uhr

Marktfestspiele

Heute 8 1/2
Katharina Knie
Sellenkinderstück
von Karl Zuckmayer
Preise 0.50-5.00

Geld
in jeder Höhe,
für jeden Zweck,
Baus- und Sparkassen,
Darlehen,
durch den
„Geldmarkt“.

Anfragen mit Rückporto an
die Geschäftsstelle Werni-
gerode erlösen.

Anzeigen-Annahme

für die „Harzer Volksstimme“ ist die
„Volksbuchhandlung“

Wernigerode a. d. Burgstraße 30

Dabei ist auch alle benötigte Literatur,
Schriftwaren aller Art, Zigaretten,
Zigaretten und Tabak in reichhaltiger
Auswahl und allen Qualitäten zu haben

Wanzen nebst Brut

wird durch dem. Offizial
radikal beseitigt unter strenger
Diskretion. Ferner werden
Schwaben, Heimschen,
Ungeziefer nebst Brut
(sowie alles andere Ungeziefer
sowie abgetötet durch
Rammersberger

Kurtheater

Donnerstag, 8 1/2 Uhr
„LIL DAGOVER“
mit ihrem Ensemble in dem Lustspiel
Was nützt die schönste Frau,
wenn sie keine Zeit hat!

Vorverkauf: Ranne, Zigarrengeschäft,
Westerntor und Schaffhäuser, Papierhdlg.,
Breitenstraße, Fernr. 98.

Preise RM. 1.— bis Mk. 5.50

CAPITOL

Wernigerode Burgstraße 1

Lichtspiele

Die neueste und modernste

Tonfilmbühne am Platz eröffnet heute Festvorstellung

nachmittags 4 Uhr, mit einer großen

Zur Aufführung gelangt die alles
übertragende Tonfilm-Operette

Zwei Herzen im 3/4 Takt

Musik und Kompositionen: Der bekannte und erfolgreiche Schläger-
und Operetten-Komponist Robert Stolz. Musikalische Begleitung:
Die Kapelle des Berliner Metropoltheaters und die Original-Deutsch-
meister-Kapelle Wien.

Es spielen, singen und sprechen:
Walter Janssen - Osk. Karlowitz - Willy Forst
Paul Morgan - Gretel Theimer - Irene Eisinger
Karl Eßlinger - Szöke Szakall

Im schönen Wien, an der Donau, der Blauen,
mit seinen reizenden goldblonden Frauen!
In Wien, wo der Wein und der Frohsinn schäumt,
wo das Herz nur vom Walzer träumt.

spielt dieser herrlichste aller Tonfilme
den die Presse als neueste Spitzenleistung
als einen rauschenden Tonfilmsieg feiert.
Wunderbar einschmeichelnd sind die Solischen Melodien:
„Zwei Herzen im 3/4 Takt“, „Auch du wirst mich
einmal bezaubern, auch du“, „In seinen Augen
liegt das Herz von Wien“, „In Wien, wo der Wein
und der Walzer blüht“

Bitte die Anfangszeiten beachten!
Täglich 4, 7 und 9 Uhr.

1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 157

Dienstag, den 8. Juli 1930

5. Jahrgang

Der Kampf um die Krankenversicherung

Beginn der Reichsberatungen.

Am Dienstag geht der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages an die Beratung der Vorlage zur Reform der Krankenversicherung. Es handelt sich um eine Doppelvorlage, da der Reichsrat in einer Reihe von Punkten von der Regierungsvorlage abwich. Der bisher hinter den Kulissen sehr geräuschlos, deswegen aber nicht weniger zäh und hartnäckig geführte Kampf um die Gestaltung der Vorlage wird nunmehr vor der breiten Öffentlichkeit weiter geführt. Von den Beschlüssen des Sozialpolitischen Ausschusses hängt im wesentlichen das Schicksal der Krankenversicherung ab. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat daher vor dem entscheidenden Kampf im Reichstag sich zum Wort gemeldet. In einer am Montag angenommenen Entschließung wandelt er sich mit höchstem Protest gegen den Plan, durch einen Ausbau der Versicherung jährlich 300 bis 400 Millionen Mark einsparen zu wollen. Wird der Protest der freien Gewerkschaften im Reichstag auch über die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hinaus Gehör finden?

Das Kernstück der Reformpläne des Reichsarbeitsministers ist die Einführung der sogenannten **Wohlfahrt der Krankentätigen** nicht durch die Einführung von Krankengeldversicherungen und Beteiligung an den Armenkassen sondern in erster Linie nur durch die Verteilung selbst auszurichten ist. Der Arzt hat es in der Hand, nicht mehr Medikamente zu verschreiben, als notwendig sind. Der Arzt kann, wenn er will, am ehesten einen wirklichen Simulanten feststellen. Krankengeldversicherungen treffen nicht nur Simulanten, sondern noch viel mehr Unfähige, Arbeitslose, Arbeitsunfähige, Unfallverletzte usw. Sie können bei einer Verpesung demnach, wo leicht in einer Familie drei oder vier Kranke vorhanden sind, zur Unrentabilität werden. Der Reichsarbeitsminister will sparen. Er kann das bei der Krankenversicherung ohne Quader für die Versicherer, wenn er in der Frage ein Stück vorwärts kommt. Ausbaud des Vertrauensarztwesens ist das mindeste, was verlangt werden muß. Die Ärzte sollen sich auch bilden, sich also sehr gegen längere Fällige Rente zu stemmen. So liegen die Dinge nicht, wie viele ihrer Leute meinen, nämlich, daß die Kassen zur Verhinderung des ärztlichen Fortschritts da sind. Früher konnten sie nicht genug auf die Kassen schimpfen, heute müssen sie einestehen, daß ihre Existenz zu einem sehr großen Teil von den Kassen abhängt. Eine Reform der Krankenversicherung, die die Leistungen lenkt, und im Verhältnis zwischen Arzt und Kasse nichts ändern würde, wäre eine Verhöhnung und Herabsetzung der Ärzte. Die Ärzte haben sich nicht zu scheuen, sich nicht zu scheuen, man kann daher in ihren Gunsten und zu Ungunsten der Versicherer reformieren. Wichtiger als der Gehalt der Ärzte ist die Hofhaltung.

Leistungsleistung — direkt — indirekt — bringt keine Lösung des Problems. Das hat allen Anschein nach auch der Reichsrat empfunden, der bereits die Krankengeldversicherung auf 50 % gekürzt hat. Mit kleinen Gebühren aber erreicht man wieder finanzielle Höhe, und will man Ausnahmen zulassen, dann schafft man neue Verwaltungskosten. Was los nun alle Reformen auf dem Weg von Krankengeldversicherung, Arzneikostenanteil, Herabsetzung des Höchstgrundlohnes auf 8 %, des Krankengeldes auf 50 Prozent des Grundlohnes und wie diese kleinen Reize alle heißen. Vor allem aber auch los von der verabschiedeten Leistungsleistung auf dem Weg der Herabsetzung der Beitragsfähigkeitsprozent auf 7 1/2 auf 6 %? Die Geschäftsführer dieses Reformvorhabens ist bisher nicht genügend erkannt worden. Will man nicht in den Krankentätigen auf der ganzen Linie Jant und Streit entfesseln, dann muß man es in

der Frage des Beitragsfähigkeitsprozentes bei den bisherigen Bestimmungen belassen. Bisher lautete der § 188: Jeder 7 1/2 v. H. des Grundlohnes dürfen die Beiträge nur zur Deckung der Realleistungen oder auf übereinstimmenden Befehl der Arbeitgeber und Versicherer im Ausnahmefall erhöht werden. Jetzt will der Entwurf die Grenze auf 6 Prozent herabsenken. Das bedeutet praktisch nichts anderes als Realisationsmöglichkeit in der Richtung der Leistungsentlastung durch die Arbeitgeber. Bisher gab es eine qualifizierte Mehrheit erst bei 7 1/2 Prozent. Nun sollen es die Arbeitgeber in der Hand haben, ein Zurückgehen auf 6 Prozent gewaltsam

Vom Reichsverband der Kleingarten-Bereine.

Am 28. und 29. Juni fand die Sitzung der erweiterten Verbände in Dresden statt. Dem Vorstand des deutschen Reichsverbandes der Kleingartenvereine gebührt der Dank, die Vorstandskonferenz nach Dresden einberufen zu haben. Durch die Tagung um die Ausstellungengebäude selbst konnten alle Teilnehmer die Ausstellung eingehend studieren. Ueber die Lage des deutschen Kleingartenwesens berichtete Präsident Dr. Jurek, der zuerst die Zusammenfassung des weiteren Ausbaues der Statistik behandelte. Weiter sollen wieder Flugblätter über die Leistungen des RV, erscheinen. Die Grenzstreitigkeiten der Verbände seien von Fall zu Fall zu erledigen. Den Kampf um Bodenrecht und der Bodenrente müßten die Kleingärtner stark unterstützen, sonst sei ein Vorbwärtskommen bei der gegenwärtigen politischen Situation nicht zu denken. Die Mitbestimmung in Verbindung mit den Vereinstaxen müßte durch die starke Propagierung des Genusses von Milch und alkoholfreien Getränken gelöst werden. Unter keinen Umständen dürften aber Brauereigeber zum Bau von Vereinshäusern verwendet werden. Für die Einrichtung von Spielplätzen händten den Vereinen noch Darlehen durch den RV, zur Verfügung. Die Ausstellungsfrage der Jugendgruppen an die örtlichen Jugendämter müßte sowohl von den Verbänden wie vom RV weiter verfolgt werden. Die Möglichkeit, eine erweiterte Haftpflicht abzusichern, sei nicht von allen Verbänden ergriffen, was die Abhängigkeit der Versicherung beeinflusse. An der internationalen Hygiene-Ausstellung sei der RV stark beteiligt durch wirkungsvolles Informationsmaterial. Ferner sind zwölf Gärten errichtet, alle verschiedenen Jäger, Jäger, Pflanzgärten — Erholungsanlagen — Pflanzgärten — Obstgärten usw. für die Gestaltung der Bauen hatte die Ausstellungslösung stark gedrückt, so daß sie in Form und Farbgebung nicht den Ansichten des RV, entsprechen. Bei Beteiligung an anderen Ausstellungen sei deshalb Vorzicht geboten. Auf internationaler Ebene müßte noch eine große Verhandlung erzielt werden. Die Erfolge des deutschen Verbandes würden allseitig anerkannt, doch bei der Leitung des internationalen Verbandes trete das wenig in Erscheinung. Der Aufbau auf demokratischer Grundlage müsse auch in einigen Siegerstaaten durchgeführt werden.

Die Aussprache ergab, daß es notwendig ist, alle Fälle, in denen die Versicherung eine Schadensbedingung abweist, dem RV-Vorstand mitzuteilen und daß alle dem RV angeschlossenen Vereine die Reichsbeiträge erörtern, also „Eingetragener Verein“ werden. Ueber die Ausgestaltung des Kleingartenrechts berichtete Reichsobmann Dr. Jurek, der die bestehenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse darlegte, die als Kleingärtner, sei an eine Verbesserung der Kleingarten- und Bodenordnung jetzt nicht zu denken. Der vorbereitete Entwurf sei zurückgezogen. An der Aussprache wurde die verabschiedete Resolution der einzelnen Kleingartenvereine gebilligt. Es zeigte sich hier be-

zu erzwängen. Der Regierungsentwurf sieht nämlich in Art. 2 fest, geben vor, die Sparmaßnahmen des Entwurfs modern im allgemeinen eine Ermäßigung im Beitragssatz möglich. Der Entwurf verpflichtet daher alle Kassen, binnen einer Frist von drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes die Beiträge nach den Vorschriften dieses Gesetzes neu festzusetzen; dabei sind Änderungen, insbesondere die Sparmaßnahmen dieses Gesetzes, zu berücksichtigen. Es entspricht nicht der Gerechtigkeit des Entwurfs, wenn Kassen neue freiwillige Leistungen beschließen, um den bisherigen Beitragssatz rechtfertigen zu können. Die Diversifizierungsämter werden entsprechende Beweise erhalten. Das ist nichts anderes als eine Aufforderung an die Arbeitgeber, einen Leistungsabbau bis herunter zu einem Beitragssatz von 6 % zu erzwängen. Dagegen kann nicht scharf genug Front gemacht werden.

sonders, daß es dringender notwendig ist, Reichstaxen abzuschaffen, da fast alle vorgebrachten Fälle entweder eine genaue Kenntnis des RV, vermitteln lassen oder aber große Unterhaltungsleistungen zogen. Die einzelnen Organisationsleiter müßten also vielmehr Kenntnisse erwerben und ihre vielfach schlaffe Haltung den Verbänden gegenüber aufgeben.

Ueber die Finanzierung von Daueranlagen sprach Reichsobmann Dr. Jurek, der die Erfahrungen hätte gemacht, daß der Reich, Staat und Gemeinden nur wenig Geldmittel haben und die Kleingärten viel mehr ausgebaut werden müßten. Auch müßten einfachere Ansprüche an die Einrichtung solcher Gärten gestellt werden.

Ueber die Angelegenheiten der Reichsverbände sprach Reichsobmann Dr. Jurek, der die Erfahrungen hätte gemacht, daß der Reich, Staat und Gemeinden nur wenig Geldmittel haben und die Kleingärten viel mehr ausgebaut werden müßten. Auch müßten einfachere Ansprüche an die Einrichtung solcher Gärten gestellt werden.

Ueber die Angelegenheiten der Reichsverbände sprach Reichsobmann Dr. Jurek, der die Erfahrungen hätte gemacht, daß der Reich, Staat und Gemeinden nur wenig Geldmittel haben und die Kleingärten viel mehr ausgebaut werden müßten. Auch müßten einfachere Ansprüche an die Einrichtung solcher Gärten gestellt werden.

Ueber die Angelegenheiten der Reichsverbände sprach Reichsobmann Dr. Jurek, der die Erfahrungen hätte gemacht, daß der Reich, Staat und Gemeinden nur wenig Geldmittel haben und die Kleingärten viel mehr ausgebaut werden müßten. Auch müßten einfachere Ansprüche an die Einrichtung solcher Gärten gestellt werden.

Das tägliche Brot.

Roman von Clara Diebig.

34 Fortsetzung. **Madamchen verboten.**

„Freud, Freud, Freud“, wohin man hörte. Überall Freude, lachende Gesichter, ein Lächeln lag über dem Gesicht. Der eine sprach, der andere sang, dieser flüsterte, jener schrie — es klang wie im Paradies: „Freud, Freud, Freud“.

Wie ein Fieberfieber ist durch die Reihen, das „Freud, Freud“, stetzte an. Nichts anderes zu hören, nichts anderes zu sehen, nichts anderes zu denken. Es wollte auch über Wägen wie eine Wägenübung kommen; der Befehl wurde und brandete um sie in mächtigen Wogen.

Sie rühte näher zu Greta und stieß sie an. „Du, Greta, is's wohl?“

„Halleluja!“ murmelte Greta und rührte sich nicht.

Auf dem Podium erschienen jetzt drei Männer. Eine Stimme rief: „Hört den Gesang der Gerechten! Sergeant Kamp, Leutnant Orignasoli und Robert Frymann werden uns das schöne Lied von der gerechten Seele singen. Halleluja!“

„Halleluja!“

Und die drei erhoben einen Gesang:

„D, es ist so schön, gerettet zu sein,
Ein Leben voller Glück und Sonnenhimmel.“

Die Stimmen waren roh der Gesang unharmonisch, aber die Zuhörer nickten sich entzückt zu.

Dann sprach Sergeant Kamp, ein nicht mehr junger Mann mit alljährlich Arbeitelgeit, dessen stumpfe, herabgezogene lächelnde Züge sich mehr und mehr befehen, reich an einträglich. „Ich bin so glücklich, daß ich in der Heilssonne bin, denn hier darf ich meinen Glauben bekennen. Ich darf bekennen, wie ich, ein arger Sünder, gerettet ward, wie ich zu Jelu kam, der für mich kein Blut verpöht — auch für mich, mein Bruder, auch für dich, meine Schwester! Auch für dich!“

„Gute Nacht, für mich ist Jesus Christus nicht gekommen!“

Für wen er er gekommen? Für dich, für dich?“

Wine schloß es, als fröhliche der Redner sie ganz besonders scharf. Seine Stimme wurde eindringlicher, schmeichelnd ließ sie sich ins Ohr.

„Kommt zu ihm! Er gibt die Freude. Nicht mit Freude im Himmel — nein, Freude auf Erden, herrliche Freude, Ströme von Freude, Freude, Freude, Wang, Reichum, Glück. Alles in Jelu.“

Komm, die du darbst und leibest! Komm zu ihm! Nicht übermorgen, nicht morgen — heute: du mußt sterben! — Nein, heut! Jetzt! Diese Stunde! Diese Minute! Diese Sekunde! Heil ist da für alle!“

„Halleluja!“ murmelte die Zuhörer.

Das Auge des Redners starrte für immer fester blickte es sich in die Reihen ein, es schien ihnen einzelnen aus Korn zu nehmen. Immer röhre er, wie durchdort von innerem Feuer.

„Er ist hier! Jesus Christus ist hier! Wer ist hier? Jesus Christus, mein Freund, dein Bruder — heut, jetzt, mitten unter uns!“

Ein entsetzliches „Ah!“ hallte durch den Saal.

„Siehst du ihn nicht? — Da steht er!“

Der Redner streckte den Arm aus, ein Zittern lief ihm bis in die Fingerglieder. Und diese zitternden Finger wiesen immer auf einen Punkt. Mit Hartnäckigkeit wiederholte er immer wieder:

„Da steht er! Da steht er! Da steht er!“

Das Klang wie eine Beschöpfung. Die Köpfe vorgestreckt, die Augen starr auf den einen Punkt gerichtet, standen alle.

„Halleluja!“

„Siehst du ihn — da steht er! Er lächelt dich an, er reicht dir seine Hand! Jesus liebt dich! Füßst du seine Hand? Du füßst seine Hand! Ergriffst du sein Kleid? Du ergriffst sein Kleid! Beugst du deine Knie? Du kniest deine Knie! Beugst du deine Knie? Du kniest deine Knie! Beugst du deine Knie? Du kniest deine Knie!“

„Du bist nicht mehr arm — reich, reich, glücklich, gerettet! Trete her, du Kind Gottes, du glückseliger Heilssoldat! Kämpfe unter der Fahne, geh, rot und blau — Halleluja!“

Der Redner holte ergriffen Atem. „Halleluja, Halleluja!“

braute es durch den Saal. Eine große Aufregung hatte sich über bemächtigt; kein Mensch sah mehr, jeder redete sich auf den Jehen; wer würde sich heute als gerettet melden? Wie viele würden es diesmal sein?“

Ueber das Gemurmel, das Gewisper, das Gelurr hinweg erhob sich durchdringend die Stimme des Redners.

„Wo ist die erste Seele — wo — wo? Bruder, Schwester, was ist dein Ziel, Himmel oder Hölle? Denn an die Engelwelt! Rette deine Seele!“

Während, drohend, beschwörend klang es: „Rette, rette deine Seele!“

Eine hohe Mädchenstimme intonierte:

„Weißt es Schöne, ja, weißt es Schöne!“

Und mächtig lief der Chor ein:

„D, weich mich im Blute jetzt weißer als Schnee!“

Wieder rief der Redner:

„Der Teufel und die Heilssonne haben sich. Daß so viele Menschen die Heilssonne verfolgen, kommt daher, weil sie in der Gewalt des Teufels sind. Seht hier! Engel und Teufel und arme Seele!“

„Auf dem Podium erschienen drei Gestalten. Eine erkannte die weißliche Blondine vom Eingang; die hatte jetzt ein weißes Tuch über den Kopf gehängt, und ihr Kleid wurde verflucht durch ein großes weißes Tuch. Sie war der Engel.“

Dem Engel gegenüber stand der Teufel, ein zottiges Fell um die Schultern, zwei Hörner an die Stirn gebunden.

Und zwischen beiden ein junges Mädchen, halb Kind, halb Jungfrau; die arme Seele.

„Wo führt der Weg?“ sprach die Seele mit ängstlicher Stimme.

„Ich wohne im Dunkel, da ist niemand, der mir ein Licht!“

„Ich weise dir den Weg.“ Der Teufel verfluchte die arme Seele ganz fein. „Komm her, liebe Seele, reich mir deine Hand, denn wandelst du auf Blumen, Liebes und sehr bequem! Ich gebe dir Schmutz und schöne Kleider, goldene Ketten und diamantene Ringe. Du sollst zu Bällen und Konzerten gehen, sollst trinken und tanzen, du bist den Augen angenehm, du bist Freunde und Zuhörer, dein Herz fröhlich sich in Worten, du hüpfst an der Freude Hand!“

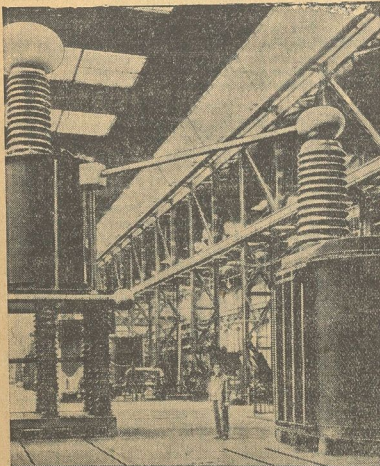
„Wer bist du? O, lobe mir, wer du bist, du heiliger Mann!“

„Ich bin ein Fürst, ein Fürst gar mächtig. Mein sind die Länder von Sonnenanfang bis Niedergang. Mein ist die ganze Welt.“

„Glaube ihm nicht“, rief häufig der Engel ein, „wohl ist er ein Fürst, aber ein Fürst der Hölle. Arme Seele, laß nicht die goldnen Ketten, die diamantenen Ringe an, sie sind die Schlingen, die die Hölle nach dir auswirft. Schmeide dich nicht mit schönen Kleidern, sie sind Gewebe der Sünde! Kränke nicht dein Haar in Locken, sie sind Fallstricke, die die Hölle dir legt! Suche nicht Vergnügungen, sie sind Anstiftungen des Bösen! Höre nicht, was Freunde und Anbeter sagen, es ist der Teufel, der aus ihnen spricht! Er will dein Verderben. Er reißt dich in den Saum der Hölle, er reißt dich tief, tief in die Hölle, er reißt dich her, verurteilt — immer höher, höher steigt der Schlamm. Jetzt geht er bis zum Hals — jetzt füllt er dir schon den Mund — du achst, du gurgelst, du erstickst — — — und der Teufel ist schnell bei der Hand und nimmt deine Seele und wirft sie in einen glühenden Ofen, die Flammen der Verdammnis umloben dich, wie schönen Blüten werden zu feurigen Schlangen, die dein Haupt umzingeln — o du arme Seele.“

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.
Deutsche Technik in Rußland.



Prüfungsgerät für Spannungen bis zu 1 Mill. Volt, das von Siemens u. Halske für das experimentelle elektrotechnische Institut in Moskau hergestellt wurde.

Aufstellung mit Drehischen Wellen. In Barcelona wurde erstmalig ein fahrbares Auto mit Hilfe von Drehischen Wellen, die von einem hinter ihm fahrenden Kraftwagen ausgetrieben wurden, durch die Hauptachse des Autos ohne jeden Zwischenstadium getrieben.

Das Häcker Säuglingsheilstätte. Die Zahl der Opfer des Hungers in der Häcker Säuglingsheilstätte ist inzwischen auf 53 gestiegen. 66 Säuglinge werden als krank gemeldet.

Verleigerung der Wila Starek. Die Wila von Leo Starek in Charlottenburg ist am Montag vormittag im Zwangsversteigerungsverfahren von der Berliner Gebäulichkeiten-Sparkasse für 200.000 Mark an den Höchstbieter, die Höhe der Spende, die die Sparkasse auf der Wila hatte, es ist beabsichtigt, die Wila weiter zum Verkauf zu stellen.

Gewerkschaftliches.

Die Lage in Nordwest ist unübersichtlich. In den Städten Mühlheim, Gelsenkirchen, Bochum, Düsseldorf und Hagen wird noch in dem Umfang wie am Freitag gestreikt. Der Verkehr im Halper Eisenwerk in Hagen die Weiser an der Waldenstraße einzusehen, ist an deren Widerstand gescheitert.

Wirtschaft und Handel.

Marktberichte.

Berliner Getreidebörse vom 5. Juli.

	5. Juli	7. Juli
Waren	251.- bis 290.-	251.- bis 290.-
Blauen	172.- bis 177.-	172.- bis 177.-
Brauerie	— bis —	— bis —
Anter u. Industrie-Gewichte	163.- bis 190.-	160.- bis 190.-
Salz	138.- bis 165.-	138.- bis 165.-
Wachs-Blau Berlin	— bis —	— bis —
Wegwehmel	33,00 bis 41,00	32,40 bis 41,00
Wagenehmel	23,25 bis 25,40	22,75 bis 23,25
Wasserehmel	9,50 bis 10,00	9,50 bis 10,00
Wasserehmel	8,75 bis 9,50	9,00 bis 9,75

Bekanntmachung.

Nach Anhörung des Magistrats ordne ich auf Grund des § 5 b der Dritten Verordnung über die Förderung der Wohnungswirtschaft vom 15. Oktober 1927 in der Fassung der fünften Verordnung über die Förderung der Wohnungswirtschaft vom 28. Februar 1930 an, daß die Bestimmungen des Wohnungsmangelsgesetzes mit dem dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen mit Ausnahme:

- der §§ 2, 8 und 17 Nr. 1 des Wohnungsmangelsgesetzes im Falle des § 8 mit der Maßgabe, daß die Genehmigung der beteiligten Gemeindebehörde nicht erforderlich ist,
- der Verordnung über die Dienstleistung des Wohnraumes für Reichs- und unmittlere Staatsbedienstete und für Reichsangehörige vom 29. März 1929 (G. S. S. 65) sowie der zu ihrer Durchführung erforderlichen Vorschriften des Wohnungsmangelsgesetzes

im Gebiet der Stadt Ostermühl auf Wohnungen mit einer Jahresmietsumme von mehr als 200.— RM, keine Anwendung finden. Diese Anordnung erlischt ihre Wirksamkeit mit ihrer Veröffentlichung.

Sahlerbad, den 7. Juli 1930.
Der Landrat.
J. B. D. Drupe, Kreisdeputierter.

Hermann Gabbert
Tel. 1873 Halberstadt Wilhelmstr. 26
Feine Maßschneiderei
Lager deutscher und englischer Stoffe
Anzüge von Mark 125,00 bis Mark 180,00
Entlängungsverfahren
Anzüge werden wie neu. — Preis Mark 5,00.
Kunststofferei!

Einer sage es dem andern,
was mir die Kundschaft täglich sagt „Riesold“ ist das Beste Mittel gegen **Wanzen**
Verk. Eisner Ehrhardt, Voigtel 14.

Amliche Kartoffelversteigerungen vom 7. Juli. Erzeugerpreise. Berlin, je Zentner wasserfrei ab märtischen Stationen: Neue deutsche Frühkartoffeln 4,50—5,00 Mark, Alte Kartoffeln nicht mehr notiert.

Amliche Eierversteigerungen vom 7. Juli. Preise in Hennigen je Stück im Großhandel: Deutsche Eier: Dreierlei (vollfrische, gepökelte), über 65 gr 13, 11, 21, 27 gr 11,50, 11, 21, 27 gr 10, 11, 21, 27 gr 9,25, frische Eier über 55 gr 9,50, angestrichelte, kleine und Schmalzbelegte: Dänen über 13,50, über 12,75, 15,12 bis über 10,25—10,50, Holländer 60—62 gr 10,75—11,25, 57—58 gr 10,25—10,50, Rumänen 8,50, Ungarn 8,50—8,75, Rufen normale 8,50, Polen normale 7,75—8, abweichende 7,75—8, kleine, Mittel- und Schmalzbelegte 6,50—7. Tendenz behauptet.

Jugendbewegung

Sozialistische Arbeiter-Jugend. (S. 2-3.)

Unterbesitz Halberstadt-Berlinerode. Eine Sitzung des Unterbesitzes findet am Sonntag, den 20. Juli, im Gemeindefestsaal Halberstadt statt. Am darauffolgenden Sonntag findet unsere jährliche Unterbesitztagung statt. Beginn pünktlich 9 Uhr im Gemeindefestsaal. Da wir viele Bekannte zu haben sind, müssen alle Gruppenvorsitzende für Taktische Vertretungen ihrer Ortsgruppen sorgen. Gruppenveranstaltungen dürfen an diesem Tage nicht stattfinden.

Arbeiter-Ainderfreunde Halberstadt. Note Hallen, Morzen 15.30 Uhr, am Mittwoch.

Berlinerode. Am Sonntag, den 27. Juli, fahren wir nach Halberstadt zur Unterbesitztagung. Sonst für achteckige Vertretung unserer Gruppe. Note Hallen, Morzen, 11.30 Uhr, am Mittwoch, nach uns um 18 Uhr im Jugendheim.

Arbeiter-Ainderfreunde (amtliche Vertretung) in Jugendheim Ostermühl. Beginn pünktlich 9 Uhr. Am Freitag, den 11. Juli, um 20 Uhr, im Jugendheim. Vortrag des Genossen Fritz Müller über „Aufbau und Organisation“ unserer Bewegung.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Halberstadt. Am Dienstag, den 8. Juli, abends 19.30 Uhr, findet beim Kameraden E. Palmann eine Vorstandssitzung des Reichsbanners statt. Einladungen in Briefen.

Halberstadt. Am Sonntag hatte die technische Leituna ein Einladungsblatt in Gemeinschaft mit der Arbeiter-Samariter-Kolonie, angelegt. Trotz des Regens verließ die Leituna um aller Aufmerksamkeits willen, den Arbeiter-Samariteren bei an dieser Stelle für ihre kameradschaftliche Mitarbeit und für die Spende, mit der sie die ihr anvertrauten Aufgaben erfüllt haben, herzlich dankend. Aber auch die teilnehmenden Mitglieder der Gruppen und deren Führer haben die von ihnen verlangten Leistungen erfüllt und verdienten Anerkennung. Die Kameraden, ab 10 Uhr ab, waren auch bei der Spende und Teilnahme Anwesenheit. Kommen wir hier an, wobei sich auch viele Frauen der Teilnehmerinnen fanden, wurde nach längerem, gemütlichen Beisammeln der Mitglieder durch den stillen nachlässigen Wald angetreten.

Halberstadt. Ein Vorstandsmitglied. Am Mittwoch abend mülten sämtliche Vorstände in laudender, Sportkleidung zum Abendessen bei Otto Sellmann antreten. Es darf aber auch nicht einer fehlen. Bundesoberrat hat ein leber auf die linke Brustseite in runder Form anbringen. Kameraden erscheint alle pünktlich. Anfang 7.45 Uhr. (19.45 Uhr).

Quedlinburg. Unter Vorsitz findet am 13. Juli in Bad-Zuberode statt. Die Redire hat Kamerad Major Hans-Wilhelm. Die Ortsgruppe nimmt hieran teil. Alle Kameraden müssen dafür sorgen, daß die Veranstaltung ein Erfolg für die Sache der Republik wird. Die Stunde des Antretens wird an dieser Stelle bekannt gegeben. Gleichzeitig werden wir auf unsere am Freitag, den 11. Juli, 20.30 Uhr, im Gemeindefestsaal, stattfindende Mitgliedserversammlung.

Unterbesitz Halle-Quedlinburg. Am Sonntag, den 15. Juli, 8.30 Uhr, findet in Bad-Zuberode unter Vorsitz statt. Da es nun die erste Veranstaltung in diesem Jahre ist, so ist es Pflicht aller Kameraden, sich zahlreich zu beteiligen, um den Reichtum der Republik zu zeigen, daß das Reichsbanner stark genug ist, die Republik und ihre Verfassung zu schützen.

Berlinerode. Die Besondere. Am Dienstag, 20. Juli, im Gemeindefestsaal, Heben. Anlässlich wichtiger Ausreden, an der jeder Teilnehmer anwesend sein muß.

Arbeiter, Angestellte u. Beamte!
Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die inserierenden Firmen unserer Zeitung!

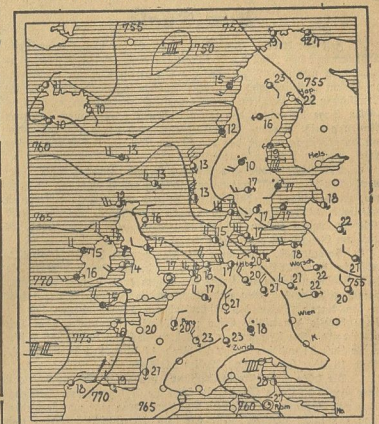
Der älteste Mensch der Welt.



Yaga Jaro,

der mit seinen angeblich 150 Jahren der älteste Mensch der Welt ist, fuhr auf Einladung der amerikanischen Liga gegen den Alkohol nach den Vereinigten Staaten, um dort als schlagendes Beispiel für die Langzeitigkeit der Weibtrinken gezeigt zu werden.

Amliche Wetternachrichten.



Wetterdienstliche Nachrichten. Am 5. Juli, abends 18.30 Uhr, findet beim Kameraden E. Palmann eine Vorstandssitzung des Reichsbanners statt. Einladungen in Briefen.

Wetterdienstliche Nachrichten.

Sonnenstrahlung in Mittelmittel abend. Unter der Beobachtung des nördlichen Tiefdruckgebietes mit einem Zentrum über Mitteldeutschland und des umfangreichen südwestlichen Hochs hat sich in ganz Deutschland eine nordwestliche Westwindströmung eingestellt, die zunächst einen ausdauernden böigen Charakter zeigt. In Magdeburg wurden Geschwindigkeiten bis zu 10 Sekundenmeter erreicht. Inhabende Einbildungnahme über Zentraldruck deutet auf ein Vorzeichen des südwestlichen Hochs. Windrichtung hat, an dessen Ende nur noch vereinzelt leuchtende Schwärze auftreten werden, die aber unter Weiter kaum Bedeutung besitzen. Bei mäßigem, aber trockenem, mäßig warmem Wetter ruhigen. Ausblicken: Bei abkühlenden nordwestlichen Winden mittelwellige Wolken, vorwiegend trocken, mäßig warmes Wetter.

AUGUST BEBEL

Aus meinem Leben

erschient demnächst

Alle drei Teile in einem Band von rund 1000 Seiten. Hervorragend ausgestattet. Preis 8,50 M. Vorzugspreis für Parteimitglieder 6,75 M.

Bestellen Sie sofort! Buchhandlung „Halberstädter Tageblatt“

Edamer
halbflüssig
1/4 Pfd. nur 19 Pfg.
vollflüssig
1/4 Pfd. nur 25 Pfg.
Naverma

Ein gutes Glas Altbier
gibt es im
Dortmunder Union-Bräu (früher Adria)
Schubstrasse 32.
1/10 Stange 45 Pfennig. 1 Seidel 20 Pfennig.
Halbmerleiner Kloster-Bräu
1/10 Stange 55 Pfennig. 1 Seidel 25 Pfennig.

Zum Ansetzen von Beeren-Schnaps

nehmen Sie nur unsere guten Qualitäten.

Nordhäuser, gelb, 82% 2.90
Liter nur Mk.

Reiner Korn, weiß, 85% 3.30
Liter nur Mk.

Weinhandlung H. A. Leßmann, Halberstadt

Der erprobte Helfer
in der Steigerung Ihrer Umsätze ist nach wie vor das Inserat im
„Halberstädter Tageblatt“

5 billige Tage
mit
10 bis 20% Nachlaß
Eragen-Geschäft
Erich Wiese
Breitweg 24.



Erwerbslosen

Zeitung

Erwerbslose Frauen

Informations
ORGAN
für Erwerbslose

Millionen fordern:

Schluß mit dem Beraten — Arbeit, Arbeit!

Ein trostloses Bild: immer noch weit über zweieinhalb Millionen Arbeitslose, von denen bereits mehr als 350 000 aus-gesteuert sind und Wohlfahrtsunterstützung beziehen, während 300 000 oder 400 000 Menschen gänzlich ohne öffentliche Hilfe leben müssen. 400 000 Ver-hungernde, stummes Elend! Und noch steigt die Arbeitslosigkeit!

In allen Lagern herrscht Einigkeit darüber, daß die Arbeitslosigkeit das Zentralproblem unserer Tage ist. Mit Recht heißt es in der „Justiz“:

„Am Arbeitslosenproblem hängt heute in Deutschland alles. Denn seine Lösung ist keine Speziallösung, sondern erheischt Grundlösungen, die nur durch die politische und soziale Erneuerung Deutschlands überhaupt geschaffen werden können.“

Freilich: Die Einstimmigkeit der Parteien und Verbände über die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung ist auch nur grundsätzlich. Ueber das „Wie“ gehen die Meinungen sehr auseinander. Die Unternehmer haben eine Patentlösung gefunden: „Senkt ihr die Löhne, dann senken wir (eventuell) die Preise.“

Die Wirtschaftspartei gar erblickt die Lösung in der Arbeitsdienstplicht. Beide Gruppen übersehen, daß diese Pläne nicht die Kernfrage, die Hebung der Massentaufkraft, lösen.

Die Reichsregierung, die eigentlich füh-rend sein sollte, hat auch auf diesem Ge-biet ihre Unfähigkeit zur Führung er-wiesen. „Die Regierung erwägt“, das ist seit Wochen die stereotype Phrase in den Kommentaren über die Haltung der Re-gierung zur Wirtschaftsbelebung. Die Bürgerblockregierung hat bereits vor längerer Zeit ein Arbeitsbeschaffungs-programm aufgestellt. Es würde sicher helfen, einen Teil der Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Leider hat es drei Haupt-fehler, die dem Programm seine ganze Wirkung nehmen.

Vorbedingung der Arbeitsbeschaffung ist Geldbeschaffung. Das Deckungspro-gramm der Regierung ist jedoch so un-sozial, so unmöglich, daß es vom Volke abgelehnt wird. — Das Deckungspro-gramm, aber auch die ande-ren finanz- und wirtschafts-politischen Maßnahmen des Brüning-Kabinetts, von der Steuerpo-litik bis zur Lohnsenkungs-aktion, sind so konsequent auf die Schmäle-rung des Ein-kommens der Massen, also auf Kaufkraft-schwächung, ge-richtet, daß ihre Durchführung im Endeffekt mehr Arbeits-

losigkeit denn Arbeit schaffen würde. Die sozialdemokratische Reichstagsfrat-tion hat soeben

ein ernsthaftes

Wirtschaftsprogramm

aufgestellt, das allein den Weg aus dem Chaos führen kann, wenn nicht die Wert-tätigen unermessliche Opfer bringen sollen.

Dieses Programm stellt fest, daß eine Einkommensenkung der Werttätigen die Wirtschaft nicht beleben kann, sondern die Krise verschärft.

Die wichtigste Aufgabe ist die Schaf-fung neuer Arbeitsgelegenheit durch ver-nünftige Handelspolitik und Zollfrieden, Diskontsenkung, langfristige Kredite, Ausbau der produktiven Erwerbslosen-fürsorge, Forcierung des Kleinwoh-nungs- und Straßenbaues, Erneuerung und Erweiterung der Verkehrsanlagen, Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes, Sicherung des Achtfundentages und darüber hinaus weitere Verkürzung der Arbeitszeit sowie stärkste Einschränkung der Ueberstundenarbeit.

Die Sozialdemokratische Partei hat damit ein klares, allen verständliches Ziel aufgestellt. Sie verlangt, gestützt auf die Millionenzahl ihrer An-hänger und die Not im Volke, daß es durchgeführt wird, daß es sofort durchge-führt wird, ehe die Krise weitertreibt.

Die Sozialdemokratie greift ent-schlossen den Ruf der Millionen auf:

**Schluß mit dem Beraten—
Arbeit! Arbeit!**



Im Wohlfahrtsamt

Hilfe für die Arbeitslosen!

Arbeit für die erwerbslosen Massen zu verschaffen, ist unbefreitbar die nächste und wichtigste Aufgabe. Darüber darf aber nicht die Sorge um die Unterstützung der nicht Arbeitenden, Fürsorgebedürftigen vergessen werden. Es gibt leider gewisse Kreise, die die Not nicht sehen wollen und denen mehr an fanienten Klassen als an der Hilfe für Hungernde liegt.

Gewiß hat das Reich große Zuschüsse leisten müssen und ist selbst, ebenso wie die Reichsanstalt, in sehr bedrängter Lage; bei jeglichem Sanierungsplan muß jedoch im Vordergrund stehen:

Die Not der Erwerbslosen zu lindern.

Wir geben an anderer Stelle der „Erwerbslosen-Tribüne“ eine Zusammenfassung des Kampfes um die Unterstützungsfähigkeit der Arbeitslosenversicherung. Regierung, Vorstand der Reichsanstalt, Unternehmern und bürgerliche Parteien steht man in dieser Chronik vereint bemüht, die Sanierung der Reichsanstalt und der Reichsstellen auf Kosten der Erwerbslosen vorzunehmen.

Man versucht, bei den Vermitteln und Kleinsten Pfennige herauszuschinden, um nur ja nicht den Wehretat, die hohen Pensionen oder sonstige Heiligthümer des Bürgertums auch nur um ein Dots zu kürzen.

Aber alle diese Abbau-, Reformen“ der Versicherung, so unverschämte und rigoros sie sind, sie würden der Reichsanstalt doch nicht endgültig helfen. Sie versuchen, schematisch Abstriche vorzunehmen, ohne dem Grundübel beizukommen.

Ein Vorschlag.

Als einziger Vorschlag, der der Reichsanstalt eine organische Entwicklung und Sanierung, zugleich den Erwerbslosen keine Minderung der Leistungen bringen würde, liegt der Plan des Genossen Dr. Rawicz vor, der in der Arbeiterpresse lebhaft begrüßt wurde. Wir müssen uns mit der Wiedergabe der Grundgedanken begnügen (die umfassend

Unterfuchung erschien in der „Gesellschaft“, Mai 1930):

Erweiterung des zwangsversicherungspflichtigen Personenzweises durch Einbeziehung aller oder eines Teiles der von der Arbeitslosenversicherung befreiten Arbeitnehmer, regelmäßige Reichsbeiträge zur Arbeitslosenversicherung, Festlegung des Höchstbetrages, der zusammen von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Reich aufgebracht werden muß, unter voller Berücksichtigung der veränderten Ursachen der Arbeitsmarktentwicklung und insbesondere des sich verschärfenden Gegensatzes zwischen aufsteigender Wirtschaftskontunktur und gleichzeitig absteigender Arbeitsmarktentwicklung, unbeschränkte Darlehenspflicht des Reiches in Notzeiten mit der Maßgabe, daß diese Darlehen aus einmaligen substantiellen Sondersteuern aufgebracht werden müssen (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer-Sonderumlage), um die Balance des Reichsetats in keinem Zeitpunkt aus der Arbeitslosenversicherung heraus zu gefährden.

Das Kernstück dieses Vorschlages liegt in der Forderung von regelmäßigen Reichsbeiträgen und in der Höhe des Reichs in Notzeiten auf dem Wege substantieller Sondersteuern.

Die Reichsbeiträge will Rawicz auf die Unterstützungszahl abstellen, und zwar etwa in der Form, daß das Reich für jeden Hauptunterstützten, der im Monatsdurchschnitt nach einem bestimmten Verfahren festgestellt wird, 3. B. 20 M. an die Reichsanstalt abführt.

Dieses System variabler Reichsbeiträge, gemessen an der Unterstützungszahl, sei auch für die Reichsfinanzen deswegen nicht so bedenklich, weil der annähernde Zuschußbetrag für jedes Jahr wenigstens mit einiger Sicherheit bestimmt werden könne. Entscheidend ist für Rawicz der Gesichtspunkt, daß die Mittel zur Behebung vorhersehbarer Notstände aus dem Volkseinkommen und die zur Abstellung unvorhersehbarer Notstände ganz besonderer Art aus dem Volkvermögen aufzubringen sind.

Kommunisten für Ueberstunden

Der „Reichsausschuß“ der Erwerbslosen, der der Zentrale der KPD, untersteht, fordert ohne Ausnahme: „Verbot jeder Ueberstunde!“

Wie die „Volkszeitung“, Köbau, meldet, wird die Forderung wie folgt durchgeführt: Der ausschließlich kommunistische Betriebsrat der kommunistischen Musterbelegschaft der Firma E. Wamisch in Rändler bei Limbad, hat in der Betriebsversammlung einstimmig beschließen lassen, daß die Regelarbeitszeit von 51 Stunden auf 57 Stunden mindestens ausgedehnt werden kann, wenn die Firma einen Ueberstundenzuschlag zahlt. Außerdem gab der Betriebsrat keine ausdrückliche Zustimmung zu den von der Firma verlangten Dauer-Ueberstunden. Das von den Gewerkschaften daraufhin zur Verhinderung der Ueberstundenauferlegung angerufene Tarifschiedsgericht konnte nichts machen, da der rein kommunistische Betriebsrat unter Rückendeckung eines einstimmigen Beschlusses die Ueberstundenhamsterei auf Kosten der Erwerbslosen gebilligt hat.

Die Frauen sind schlechter daran!

Es ist viel zu wenig bekannt, daß gerade die weiblichen Werttätigen besonders stark von der Arbeitslosigkeit betroffen werden und ihre Wiedereinstellung in den Arbeitsprozess noch langsamere Fortschritte macht, als das bei den männlichen Erwerbslosen der Fall ist. Wenn sich die Arbeitsmarktfrage für die weiblichen Werttätigen im allgemeinen auch nicht so besonders trag entwickelt hat wie bei den weiblichen Angestellten, über die an anderer Stelle berichtet wird, so verdienen doch die folgenden Zahlen ernsthafte Beachtung:

	Arbeitsjuchende:	
	männl.	weibl.
Ende April 29 . . .	1 410 522	424 953
15. Mai 29 . . .	1 198 695	402 218
Ende April 30 . . .	2 267 486	572 584
15. Mai 30 . . .	2 183 089	569 638

Während die Zahl der männlichen Arbeitjuchenden vom April bis Mai 1929 um 15,0 Proz. und vom April bis Mai 1930 um 3,7 Proz. zurückging, sank die Zahl der weiblichen Arbeitjuchenden vom April bis Mai 1929 nur um 5,4 Proz. und vom April bis Mai 1930 nur um 0,5 Proz.

Zeitbilder

„Die Dame am Steuer hat heute gern ihr Auto in individuellem Zuschnitt. Dielem Gedanken diene die von reichem Blumen Schmuck und kostbaren Toiletteutendatils unauffällig umgebene Ausstellung. Man sah Decken, Schirmchen, Klüßelchen, Grammophonkasten, Handtaschen, Schals, passend zur Innenausstattung der Wagen.“ „Tempo“, 15. 6. 30.

„In der Laubentolonie „Zur frohen Stunde“ erhängte sich gestern der 21jährige Rohrerger Erhardt Klein wegen Erwerbslosigkeit.“ „B. L.“ 30. 5. 30.

Arbeitslose und Krankenversicherung

Bis vor kurzem galt bei der Frage der Krankenversicherung des Arbeitslosen der Satz: „Wird einem Arbeitslosen die Unterstützung aus irgendeinem Grunde zeitweilig entzogen, dann ist er auch während dieser Zeit gegen Krankheit versichert.“ Der Senat des Reichsversicherungsamts hat jetzt eine entgegengesetzte Entscheidung getroffen. Nach diesem Urteil ist ein Arbeitsloser, der die Annahme von Arbeit ohne stichhaltigen Grund verweigert und dem eine Sperrrfrist auferlegt wird, während dieser Zeit nicht gegen Krankheit pflichtversichert. Diese Entscheidung ist alles andere als arbeiterfreundlich.

Das Verlangen nach Arbeit

Eine Konferenz der Erwerbslosenkommision der freien Gewerkschaften, der SPD-Fraktion usw. in G. r. l. i. h. beantragte zur Minderung der Erwerbslosennot, daß die Grenze der Invalidität von 66% auf 50 Prozent der Erwerbsfähigkeit herabgesetzt und daß Empfänger von Invalidenrenten aus dem Produktionsprozess genommen und ihnen eine höhere Rente gewährt wird. Die Arbeitszeit ist auf 5 Tage pro Woche herabzusetzen. Pensionsempfänger dürfen nicht beschäftigt werden, auch nicht als Händler oder Vertreter.

Ferner wurde die sofortige Beschaffung von Arbeit verlangt, (Ausbau von Straßen, die fast nur durch die Löhne Kosten verursachen).

Wie alt sind die Arbeitslosen?

Wie steht es eigentlich mit der Alterszusammensetzung des Millionenheeres der Arbeitslosen. Wie alt sind sie? Werden die Jugendlichen, die Erwachsenen und die älteren Arbeiter in gleichem Maße von der Arbeitslosigkeit betroffen? Oder wird eine Altersgruppe besonders schwer belastet? Das sind die Fragen, die in der neuesten Statistik der Reichsversicherungsanstalt beantwortet werden.

An der Arbeitslosenermittlung verteilen sich die 1 521 361 Hauptunterstützungsempfänger auf die folgenden Altersgruppen:

14—21 Jahre . . .	213 607	gleich	14,0	Proz.
21—45 . . .	987 611	„	64,9	„
45—60 . . .	250 818	„	4,6	„
über 60 . . .	69 325	„	1,6	„

Mehr als zwei Drittel der männlichen Arbeitslosen befinden sich im Alter von 21 bis 45 Jahren. Unter diesen erwachsenen Arbeitslosen wieder,

um werden die 21- bis 25jährigen und die 25- bis 30jährigen am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Beide Gruppen machen allein 34,9 Proz. des gesamten männlichen Erwerbslosenheeres aus.

Nicht anders ist es in der Krisenunterstützung. Bei dieser Gruppe von Arbeitslosen scheiden die Jugendlichen aus, weil sie keinen Anspruch auf Krisenunterstützung haben. Hier verteilen sich die 244 767 männlichen Krisenempfänger auf folgende Altersgruppen:

21—45 Jahre . . .	168 725	gleich	68,9	Proz.
45—60 . . .	56 480	„	23,1	„
über 60 . . .	19 563	„	8,0	„

Wieder das gleiche Bild: auch in der Krisenunterstützung stellen die Arbeiter in den mittleren Jahren den höchsten Prozentjah: über zwei Drittel aller Krisenempfänger sind noch nicht über 45 Jahre alt. Auch hier stehen die 25- bis 30jährigen an der Spitze. Sie allein stellen 18 Proz. der Krisenunterstützten.

Es sind wertvollste Arbeitskräfte, die auf der Straße liegen. Männer in den besten Jahren dürften nach Arbeit; sie müssen zusehen, wie die Frau, die Kinder Not und Hunger leiden; ohnmächtig, ihnen entscheidend zu helfen. So sorgt der Kapitalismus für „seine“ Arbeiter.

Nazis taufen Gefinnung

Die „Schleifische Bergwacht“ vom 17. Juni 1930 teilt mit, daß sich die Nazis an einen Erwerbslosen in Landesbut wandten und ihm 10 Mark für jede Naziverammlung boten, in der er als Diskussionsredner aufträte.

Wir wissen jetzt wenigstens, woher die angeblichen sozialdemokratischen Diskussionsredner, die gegen ihre eigene Partei reden, herkommen.

Frauenarbeit — Frauenarbeitslosigkeit!

Wenn wir von Wirtschaft und Erwerbsleben sprechen, handelt es sich dabei nicht nur um die Produktion der Güter für den menschlichen Bedarf, sondern auch um ihre Verteilung. Beides geht Hand in Hand, beides ist in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht nach sozialen Gesichtspunkten oder eigentlich überhaupt nicht planmäßig organisiert. In dauernd wachsendem Maße sind die Frauen in das moderne Erwerbsleben hineingezogen worden. Sie sind in großer Zahl in der Industrie, und zwar in den Arbeitszweigen tätig, die in früheren Zeiten zur Arbeit der Hausfrau gehörten, die den Hausfrauen und dem zur Familie gehörenden großen Frauenteils aber durch die Industrialisierung nach und nach entzogen wurde. Mit der Massenherstellung der Güter erwuchs ein weitverzweigter Verteilungsapparat, an dem die auf Erwerb angewiesenen Frauen ebenfalls beteiligt wurden. Mit der sich weiter entwickelnden Technisierung des Wirtschaftslebens, die dauernd Menschenkraft überflüssig macht, entsteht für immer weitere Frauenschichten die Notwendigkeit zur Erwerbsarbeit, das Frauenangebot auf dem Arbeitsmarkt wird größer. Die Frauenarbeitslosigkeit wächst.

Heute ist bei der Regierung Brüning und den bürgerlichen Parteien nicht nur der Wille vorhanden, soziales Frauenrecht abzubauen. Man erwägt auch schon die Möglichkeit, die Frauenerwerbsarbeit und das Anrecht darauf für verheiratete Frauen durch gesetzliche Maßnahmen einzuschränken. Man sagt, daß man die Familie retten wolle. Dabei plant man, an der Reichswohlfahrt einzulippen.

Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften haben von jeher das Wesen der Frauenerwerbsarbeit als das erkannt, was sie ist, als automatisch eintretende und deshalb notwendige Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsform. Für sie kann es deshalb kein Rückwärtsrevidieren der Entwicklung geben. Die Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung der Arbeiterklasse, zu der die Frauen gehören, kann nur mit einem weiteren Ausbau des sozialistischen Arbeiterstaates, dessen Teil die Arbeitslosenversicherung ist, für den Arbeiter und besonders für die Frau verbunden sein.

Marie Trochase

Zahlen der Not

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat kürzlich eine Zusammenstellung der Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger vorgenommen. Danach wurden (Stichtag jeweils am 15. Mai) in den Jahren

1925 . . .	28 922	1928 . . .	146 526
1926 . . .	318 283	1929 . . .	239 124
1927 . . .	139 856	1930 . . .	318 982

erwerbslose Frauen als Hauptunterstützungsempfängerinnen festgestellt. Erschütternde Zahlen, die mit großer Schärfe das stete Wiederauftreten nach dem Krisenjahr 1926 zeigen, um am 15. Mai 1930 selbst den damaligen Höhepunkt zu überschreiten.

Zu den 318 982 weiblichen Hauptunterstützungsempfängerinnen am 15. Mai kommen noch 61 223 Krisenunterstützte, insgesamt also 380 205 von der Reichsanstalt Beirute. Da aber am gleichen Tage bei den Arbeitsämtern 568 638 weibliche Arbeitsuchende gemeldet waren, von denen etwa 98 Proz. auch arbeitslos sind, so steht fest, daß zu diesem Zeitpunkt mehr als 1 800 000 erwerbslose Frauen ausgekäuert waren, also von den städtischen Wohlfahrtsämtern oder überhaupt nicht unterstützt wurden!

*

Die erwerbslose Angestellte

Wohl in keinem Berufsbranche finden wir ein so grenzenloses Brachliegen wertvoller Arbeitskraft wie in den kaufmännischen Berufen. Tüchtige Fachkräfte bleiben stellunglos, weil sie das 38. Lebensjahr erreicht oder überschritten haben. Sie sind angebillt nicht mehr bemehlig genug.

Die große Beschäftigungslosigkeit gerade der älteren Angestellten, die 1926 zur Verabschiedung eines Gesetzes über die Kündigungsschutz für den langjährig Beschäftigten führte, wurde in der Öffentlichkeit häufig mit der besonders starken Zunahme der Frauenarbeit begründet. Ein Blick in die Berichte des Reichsarbeitsmarktangeigers zeigt uns jedoch neben der allgemeinen Verschlechterung des Arbeitsmarktes ein außerordentlich starkes Ansteigen der Ziffern der weiblichen Erwerbslosen. Wir sehen z. B. bei den Arbeitsämtern und den nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweiser als Arbeitsuchende gemeldet:

	Kaufmännische Angestellte:	
	männl.	weibl.
Ende Januar 28 . . .	94 105	39 659
Ende Januar 29 . . .	100 820	47 872
Ende Januar 30 . . .	123 911	67 596
Ende März 30 . . .	122 336	72 645

also eine Steigerung der weiblichen erwerbslosen Angestellten um rund 80 Proz. gegenüber 30 Proz. bei den männlichen Angestellten. Hierbei muß beachtet werden, daß in Handel und Industrie auf zwei männliche eine weibliche Angestellte kommt.

Noch augenscheinlicher wird die enorme Erwerbslosigkeit der weiblichen Angestellten bei den Büroangestellten. Hier ist in dem gleichen Zeitraum von 1928 bis 1930 die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden — wenn auch unerheblich — gesunken; dagegen ist sie bei den weiblichen Kräften von 6844 auf 12 418 oder um mehr als 80 Proz. gestiegen.

Hinzu kommt, daß durch die Schulentlassung das Ueberangebot von weiblichen Arbeitskräften gesteigert wird. Eigentümlicherweise hat sich der Geburtenausfall bei dem weiblichen Angestelltenmehrwuchs nicht ausgewirkt.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt für weibliche Angestellte wird am besten beleuchtet durch den Vorschlag im Reichsarbeitsmarktangeiger vom 24. April 1930, die öffentlichen Mittel für die Handelsschulen zu beschränken, damit nur noch sozial Schülerrinnen zugelassen werden, wie die Wirtschaft aufzunehmen vermag. (1)

Wissen Sie das?

Von den 337 905 weiblichen Erwerbslosen, die Arbeitslosenunterstützung erhalten, befinden sich im

Alter von	insgesamt	Proz.
14 bis 21	58 954	17,5
21 bis 45	231 870	68,6
45 bis 60	39 195	11,6
über 60	7 886	2,3

Von der Gesamtzahl arbeitsloser Frauen sind mehr als zwei Drittel im Alter von 21 bis 45 Jahren. Dagegen werden die Frauen über 45 Jahre weniger von dem Produktionsprozeß erfasst und deshalb auch weniger von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Ähnlich steht es mit den Krisenunterstützten. Am 15. April 1930 wurden von der Krisenfürsorge nahezu 60 000 weibliche Arbeitslose unterstützt. Sie verteilen sich auf folgende Altersgruppen:

Alter	insgesamt	Proz.
21 bis 45	47 221	81,9
45 bis 60	8 714	15,1
über 60	1 750	3,0

In der Krisenunterstützung machten die Altersgruppen von 21 bis 45 Jahren sogar vier Fünftel aller Unterstützten aus, darunter die 25- bis 30jährigen sogar 22,9 Proz.!

Reform der Arbeitslosenversicherung und die Frauen

Der Bürgerblock plant seit langem eine Reform der Sozialpolitik. Die Arbeiter nennen diese Reformversuche mit gutem Grund **Abbau**. Daß es sich um einen **Abbau** handelt, zeigen am deutlichsten die Vorschläge zur „Reform“ der Arbeitslosenversicherung, deren Folgen in erster Linie die weiblichen Arbeitnehmer zu tragen hätten.

Seit Monaten schon geht das Bestreben, für die Unterstützung der Heimarbeiter besondere Bestimmungen zu treffen, natürlich nicht zugunsten der Heimarbeiter. Man will insbesondere Erschwerungen für die Heimarbeiter verrichtenden Frauen schaffen, die die Mehrzahl der Heimarbeiter bilden.

Was unter anderem beabsichtigt wird, zeigen die Regierungsvorschläge, denjenigen den Unterstützungsbezug zu verlagern, die nicht mindestens regelmäßig in der Woche 30 Stunden arbeiten und nicht mindestens regelmäßig 10 Mark pro Woche verdienen. Würde dieser Vorschlag Gesetz, dann würden

zahlreiche Frauen in Zukunft keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosenunterstützung haben.

Auch die Verlängerung der Sperrfristen (Verlängerung der Wartezeit bei selbstverschuldeter Entlassung) und der Vorschlag, Unterstützung überhaupt erst nach 52wöchiger Arbeit und Beitragszahlung zu gewähren, geht erheblich auf das Konto der Frauen. Man stelle sich vor, welche erhebliche große Kreis von Frauen im Bekleidungs- und Saitengewerbe ist. Um die Wirkung des Vorschlages für selbstverschuldete Entlassung für die Frauen richtig beurteilen zu können, sei an die Entscheidungen von Arbeitsgerichten gegenüber Klagen von Frauen bei Entlassungen wegen Schwangerschaft erinnert.

Um das Maß der für Frauen besonders bemerkenswerten „Reformvorschläge“ vollzumachen, sei weiter aufmerksam gemacht auf die Absicht, das Arbeitsentkommen des Ehegatten auf die Unterstützung Verheirateter anzurechnen.

Die Regierungsvorschläge zeigen, daß die mangelhafte Organisation der arbeitenden Frauen, von der sie geringeren Widerstand erwarten als aus Männerkreisen, bei ihren Plänen in Rechnung gestellt wird.

Zwei Monate Kampf

2. Mai: Der volksparteiliche Finanzminister Dr. Moldenhauer kündigt im Reichstag den Abbau der Arbeitslosenversicherung an. Spätestens 1931 müsse die Versicherung frei von Reichszuschüssen werden.

2. Mai: Der Präsident der Reichsanstalt für W. erklärt in einer Pressebesprechung, daß aus den Beitragseingängen beim gegenwärtigen Satze von 3½ Proz. etwa 980 000 Hauptunterstützungsempfänger versorgt werden könnten. Dazu kommen noch 150 Mill. Reichszuschüsse und 50 Mill. Industrieaufbringungsumlage. Diese Mittel zusammen reichen für 1 170 000 Unterstützungsempfänger. Die 30 Mill. aus dem Lohnsteuer-Erfolgsbeitrag seien ein unsicherer Posten. Ersparnisse ließen sich nur durch Leistungssabbau erzielen.

5. Mai: Der Bundesvorstand des A D G B. erklärt in einer Entschließung, daß es „zurzeit die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften ist, den gegen die Sozialpolitik gerichteten Angriff der vereinigten bürgerlichen Parteien abzuwehren“.

14. Mai: Der Abgeordnete Aufhäuser (SPD.) erklärt als Berichterstatter des Haushaltsausschusses, daß der neue Etat in der Arbeitslosenversicherung überhaupt keine Sanierung zeige. Es fehlten mehrere 100 Mill. Mark für 1930. Die in der Krisenfürsorge vorgesehenen 150 Mill. reichten knapp für 200 000 Erwerbslose. 55 Mill. für produktive Erwerbslosenversicherung seien unzulänglich.

14. Mai: Die Anträge der SPD. im Haushaltsausschuß, den Betrag für die Krisenunterstützung von 150 auf 225 Mill. und für die werbeschaffende Arbeitslosenversicherung von 55 auf 80 Mill. zu erhöhen, werden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

14. Mai: Der Reichsarbeitsminister Stegerwald (Zentrum) kündigt eine Beitragserhöhung um mehr als ¼ Proz. an. Ein Notopfer zur Finanzierung der Krisenfürsorge sei abwegig.

14. Mai: Bei Fertigstellung des Gutachtens der Reichsanstalt wird gegen die freien Gewerkschaften beschlossen: Beitragserhöhung auf 4 Proz., Leistungsabbau für Erwerbslose, die nicht 52 Wochen Anwartschaft erreichten, Beseitigung der Unterstützung für Jugendliche unter 17 Jahren und für über 65 Jahre alte. (Die freien Gewerkschaften waren nur für Beitragserhöhung, wenn keine Leistungsverschlechterungen eintreten sollen.)

22. Mai: Das Reichskabinett beschäftigt sich mit der Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Infolge der großen Meinungsverschiedenheiten kommt es zu keiner Einigung.

25. Mai: Der Reichsarbeitsminister Stegerwald gibt einen Erlass über die Dauer der Krisenunterstützung heraus. Er enthält nichts über eine Ausdehnung des Personenkreises oder eine Verlängerung der Bezugsdauer. Er bringt in Erinnerung, daß die Bezugsdauer von 36 Wochen zu reichlich sein könne und auf einen kürzeren Zeitraum beschränkt werden kann, wenn begründete Aussicht besteht, daß es dem Arbeitslosen möglich sei, innerhalb des verkürzten Zeitraumes sich durch sein Bemühen eine Arbeit zu verschaffen, deren Ablehnung die Entziehung der Unterstützung nach sich zöge.

31. Mai: Im Haushaltsausschuß teilt Genosse Dr. Herz mit, daß ein besonderer Partonmiffar für die Reichsanstalt bestellt worden sei, der als Aufsichtsratsvorsitzender der Schicht-Werke aus öf-

fentlichen Mitteln 25 000 Mark Einkommen habe, die durch seine Tätigkeit als Arbeitslosenpartonmiffar auf 43 000 Mark erhöht würden.

4. Juni: Der Bundesvorstand des A D G B. verlangt in einem Schreiben an den Reichsarbeitsminister dringend die zeitliche und personelle Erweiterung der Krisenfürsorge, da eine Anzahl Gemeinden keine Wohlfahrtsunterstützungen mehr zahlen können.

5. Juni: Das Reichskabinett beschließt, den Vorschlag der Reichsanstalt zum Gesetzentwurf zu erheben mit folgenden Änderungen: Beitragserhöhung von 3½ auf 4½ Proz., Verlängerung der Karenzzeit für Ledige auf 14 Tage, Verlängerung der Sperrfrist von bisher 4 Wochen auf 26 bzw. 52 Wochen, Herabsetzung der Bezüge der besser bezahlten Arbeiter und Angehörigen um zwei Klassen, Herausnahme der Jugendlichen bis 16 Jahre aus der Versicherung, Versicherungsfreiheit für Arbeitergruppen mit geringfügiger Beschäftigung (Arbeitszeit nicht mehr als 30 Stunden wöchentlich, Verdienst nicht über 10 Mark). Außerdem soll ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für mehrere hunderttausend Arbeiter (Kosten über 2 Milliarden Mark) vorgelegt werden.

5. Juni: Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, weist in einer Pressekonferenz auf das katastrophale Anwachsen der Wohlfahrtsarbeitslosen hin. Ihre Zahl hat sich von Januar bis Ende April von 271 000 auf 328 000 erhöht. Nach dem gegenwärtigen Stand der Wohlfahrtsarbeitslosen ergibt sich eine finanzielle Mehrbelastung der Kommunen in Höhe von 300 bis 350 Millionen Mark jährlich. Eine Erweiterung der Krisenfürsorge sei deshalb dringendes Gebot.

5. Juni: In einer Besprechung mit den Gewerkschaften, die eine Ausdehnung der Krisenfürsorge für alle Berufe fordern, erklärt Stegerwald, das Reich könne nur

„im Rahmen des Möglichen“ helfen.

13. Juni: Die Wirtschaftspartei beantragt im Reichstag, einen Teil der Zuschüsse an die Arbeitslosenversicherung in Guttscheinen auf Lebensmittel, in erster Linie auf Roggenbrot, auszustellen.

16. Juni: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei faßt eine Entschließung zur gegenwärtigen Krisenlage, in der es u. a. heißt: Die gegenwärtige Gestaltung der Arbeitslosenversicherung untergräbt nicht nur die Finanzen des Reiches, sondern auch die Arbeitsmoral des deutschen Volkes und begünstigt die Landflucht, indem sie der Landwirtschaft notwendige Arbeitskräfte entzieht und sie in den Städten anhäuft, wo für sie kein Bedarf ist.

18. Juni: Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat einen Gesetzentwurf in 24 Paragraphen eingebracht, der die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Einführung der Arbeitsdienstpflicht fordert.

18. Juni: In der Deckungsvorlage der Reichsregierung zur Ausgleichung des Fehlbetrages, wird der Ertrag der Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung auf 194 Millionen und der Ersparnisse durch Reformen (d. h. Leistungsabbau) auf 115 Millionen geschätzt.

18. Juni: Die preussische Regierung schlägt im Reichsrat vor, die Beamten und Angestellten, die ein gesichertes Einkommen von mehr als 8400 Mark beziehen, zu den Ausgaben der Reichsanstalt heranzuziehen, weiterhin durch Ausbau des Ledigenkontingents eine Mehreinnahme von etwa 50 Millionen zu schaffen.

18. Juni: Die Reichstagsfraktion der SPD. lehnt das Deckungsprogramm der Reichsregierung ab und beauftragt den Fraktionsvorstand, ein eigenes Deckungsprogramm ausgearbeitet.

Die kommunistische Drehscheibe

Die Fraktion der KPD. erklärte bei der Beschlußfassung über das Arbeitslosenversicherungsgesetz am 7. Juli 1927, daß das Gesetz ein „neuer Verrat an der Arbeiterklasse“ sei. Sie lehnte es entschieden ab, gemeinsam mit den Reaktionsären der verschiedensten Scharfmachergruppen! — Der KPD.-Abgeordnete Nädel erklärte dazu: „Die KPD.-Fraktion läßt keinen Zweifel darüber, daß sie grundsätzlich gegen dieses Gesetz ist. Nach wie vor wendet sich die KPD. gegen das Versicherungsprinzip und vertritt den Standpunkt, daß dem Staate und dem Unternehmertum die Fürsorgepflicht ... obliegt.“

In konsequenter Fortsetzung dieser Haltung stimmten die Kommunisten dann auch noch Ende 1929 gegen die Versicherung der Heimarbeiter und der Lehrlinge und lehnten schließlich unter dem Beifall sämtlicher Unternehmergruppen die Meldepflicht der Unternehmer für die in ihrem Betrieb offenen Arbeitsstellen ab.

Aber schon kurze Zeit darauf, als man sah, daß die Erwerbslosen trotz des KPD.-Geschreies unbedingte Anhänger des von den „sozialfaschistischen Arbeitervertretern“ erkämpften Gesetzes waren, lernte man ebenso entschieden um und wurde, auf die Bergeshöhe der Anhänger pochend, begeistert Anhänger des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, des angeblich „neuen Verrats an der Arbeiterklasse“.

„In einem Artikel „Kampf ums Brot“ in der „Roten Fahne“ erklärte der KPD.-Führer Paul Nerter, daß der Angriff auf das Erwerbslosenversicherungsgesetz ein erster Schritt zur Bekämpfung der Sozialversicherung überhaupt sei, und energisch bekämpft werden müsse.“

Nach deutlicher wird ein Aufruf des Zentralkomitees der KPD., der die (durch die merkwürdige Haltung der KPD. geförderte) Absicht der Unternehmer, die Erwerbslosenversicherung abzubauen, einen „neuen Schlag gegen die Lebenslage der Arbeiter und Erwerbslosen“ nennt. „Alle sozialen Einrichtungen, Kranken- und Invalidenversicherung, Arbeitslosenversicherung usw. werden brutal abgebaut“, stellte das ZK. der KPD. fest.

Zur Erhaltung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes empfiehlt die „Rote Fahne“ den Massenstreik. Dieser wurde auch befehlsgemäß bereits am anderen Tage von einer Delegiertenkonferenz angeblich Erwerbsloser in Berlin beschlossen.

Bis heute wurde niemals ein ernsther Versuch gemacht, diese Parolen durchzuführen. Der Beschluß blieb wie üblich unausgeführt. Ausgeführt werden nur Beschlüsse gegen „Sozialfaschisten“. Der Klassenkampf ist ihnen ein Kampf innerhalb der Klasse, mit anderen Klassen zu kämpfen hat man aufgegeben.

Sanger Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmöndlich 1 Mark einschließlich Vingerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich festlich und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Belegungen werden in der Geschäftsstelle, von mittigen Voten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Paul Weber, G. m. b. H., Beantwortung für Politik u. Wirtschaft Arthur Mollenhuth, für den lokalen Teil Wilhelm Rinbermann, für Redakteur u. Inzerate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgehaltene Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restameile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Satz. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Reichsstraße Wernigerode 4626 und Volksbuchhandlung (Zeigenabw.) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 157

Dienstag, den 8. Juli 1930

5. Jahrgang

Die erste Beratung des Deckungsprogramms vor dem Reichstage.

Halbe Arbeit.

Der Finanzminister begründet seine Vorlage. — Scharfe Kritik der Sozialdemokratie.

Berlin, 7. Juli. (Eig. Bericht.)

Der erste Akt der Erörterung der Deckungsprogramms vor dem Reichstage ist am Montag zu Ende gegangen. Nach einer Einführung des neuen Reichsfinanzministers Dietrich, kritischen Reden der Sozialdemokraten, der Deutschnationalen und der Kommunisten sind die Vorlagen an den Steuerausschuß überwiesen worden, dessen Beratung bereits am Dienstag beginnt.

Die Regierungsparteien haben sich nicht an der Debatte beteiligt. Mehr als an der Unterfertigung der Regierung lag und liegt ihnen an der Wahrung des Meinungsverschiedenheiten, die nach wie vor über die Deckungsprogramms in ihren Kreisen bestehen.

Wohin die Regierung Reinsicht flucht, das hat der Reichsfinanzminister Dietrich ziemlich deutlich am Schluß seiner Rede dargelegt. Er wies mit besonderer Eindringlichkeit darauf hin, daß es sich nicht nur um die Verabschiedung der neuen Steuergeetze handelt. Mit diesen Vorlagen ließe und falls die Reform der Arbeitslosenversicherung, die Verringerung der Krankheitsversicherung und der Verlegung der Kriegsteilnehmer. Es entfiel aber auch, wenn die Deckungsprogramms nicht angenommen werden, die Grundlage für das Programm. Und schließlich seien die jetzt vorzunehmenden Steuererhebungen auch die Voraussetzung für die für den Herbst angedachten finanzpolitischen Reformen.

Jedes dieser Argumente ist zugeschnitten auf die Deutschnationalen und auf die unüberlebenden Elemente der Regierungsparteien. Sie sollen dadurch in die Lage versetzt werden, die Vorlage der Regierung als kleineres Übel und als die unermüdliche Voraussetzung für die Erfüllung ihrer Wünsche hinzunehmen.

Die Wohlfühlpolitik der Bürgerblockregierung von denjenigen Elementen, die immer nur ihr persönliches Interesse sehen und nicht daran denken, im Interesse der Gesamtheit Opfer zu bringen, verhindert, daß ganze Arbeit geleistet wird. Zwar hat der Reichstanzler Brüning kürzlich erklärt, alles, was in einem entscheidenden Augenblick notwendig wird, muß später mit erheblichen Zuschüssen nachgeholt werden. Aber diese Erkenntnis ist schon wieder verblasst. Aus Furcht vor einer Entspannung der Steuerlasten der leistungsfähigen Kreise, aus Abneigung gegen die sozialpolitischen Einrichtungen der öffentlichen Körperschaften wird wiederum nur halbe Arbeit getan, die von Hunderttausenden mit Fortdauer ihrer Arbeitslosigkeit und von der ganzen deutschen Wirtschaft mit Verschleppung der Krise bezahlt werden muß.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich

erklärte kürzlich sein Deckungsprogramm. Sachlich neue brachte die Rede kaum, weil sich Dietrich schon in der Sitzung des Reichsrats ausführlich geäußert hat. Die Rede war immerhin bemerkenswert durch einige Streiflichter, die Dietrich in die Steuerpolitik warf. Er sagte u. a., daß

die Not der Gemeinden

zum Teil durch diese selbst hervorgerufen sei, weil sie schlecht und unzureichend gewerbesteuer

hätten. Eine große Schuld an den schlechten Gemeindefinanzen hätte jedoch auch die Erwerbslosigkeit. Mit den jetzt in den Reichstagen eingebrachten Mitteln werde man nur dann durchkommen können, wenn das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung reiflos durchgeführt werde.

Als große finanzpolitische Ziele

über das jetzige Deckungsprogramm hinaus bezeichnet der Reichsfinanzminister 1. Ordnung der Gemeindefinanzen, 2. Umbau und Senkung der Reichssteuer, 3. Andere Verteilung der Steuerquellen und des Steueraufkommens. Die Gemeindefinanzen könnten nicht nur von oben durch Reichsmaßnahmen in Ordnung gebracht werden. Man müsse den Gemeinden durch eigene Steuern, z. B. Vermögenswertbeiträge und Gemeindegemeinschaftsteuer helfen. Es erhebe sich da aber sofort die Frage, soll man nur eine oder beide Steuern erheben? Soll man die Gemeinde zur Erhebung dieser Steuern berechtigen oder verpflichten? Der Vermögenswertbeitrag müsse unbedingt den Gemeinden bleiben. Man bedürfe, daß er im Jahre 212 Millionen Mark für alle Gemeinden im Reich einbringen könne. Aus Erfahrung wisse er jedoch, daß gerade diese sogenannte Kopfsteuer in vielen Fällen nicht einbringen sei. Von der Geträufelung und einer von einer erhöhten Schweresteuerung verzieht sich der Finanzminister nicht viel, mehr jedoch von der Biersteuer, wobei er anfügt, daß die Brauereien viel mehr als die Reichssteuerern beitragen, auf die Verbraucher gelegt hätten. Schließlich für

Bestreuerung öffentlicher Betriebe

marktete die Regierung die Ergebnisse der Erhebung ab. Bei dem geplanten Umbau des Finanzwesens denkt der Finanzminister vor allem an

Senkung der Realsteuern und der Einkommensteuer

einschließlich der Lohnsteuer. Er fügte allerdings hinzu, niemand könne wollen, ob und wann diese Steuern gesenkt werden könnten. Schließlich sprach der Minister für die endgültige Rege-

lung des Steuerausgleiches zwischen Reich und Ländern. Wenn die Hauszinssteuereinnahmen nicht mehr für den Wohnungsbau gebraucht werden, müsse man sie

zur Senkung der Realsteuern benützen.

Richtig ist die Ansicht des Ministers, daß in guten wirtschaftlichen Zeiten Arbeitsplätze für Monate und Jahre fiktiver Arbeitslosigkeit gemacht werden sollen. Man brauche eine Mandarierarmee an Arbeit, um jederzeit öffentliche Aufträge vergeben zu können. Dazu müsse man allerdings auch finanzielle Reserven haben. Als Dietrich schloß, fand er

auf seiner Seite des Hauses Beifall.

Auch die Regierungsparteien sind ohne jede Begeisterung für das Deckungsprogramm.

Eine scharfe u. dennoch scharf zugespielte Oppositions-

rede hielt der

Abg. Dr. Herz (Soz.).

Er ging von der Tatsache aus, daß die Belebung der Wirtschaft nur durch Erhöhung der öffentlichen Finanzen möglich ist. Umordnung der Finanzen bringe Unruhe in die Wirtschaft und erhöhe die Produktionskosten. Herz bezweifelte, daß durch die Maßnahmen der Regierung die Gesundung der Finanzen erreicht werde. Den Grundfehler sieht Dr. Herz darin, daß die Regierung nur Vor-

schläge für die jetzt berechenbaren Selbstträge macht, obwohl eine weitere Verschleppung der Wirtschaft und damit eine weitere Verschlechterung der Finanzen wahrscheinlich ist. Man solle die Situation nicht leichter sehen als sie ist. Es seien

wirklich durchgreifende Maßnahmen erforderlich.

Verzögere man dies, dann würden der Wirtschaft in Zukunft noch höhere Lasten auferlegt werden müssen. Dr. Herz hält höhere Kosten als jetzt vorgeschlagen für unannehmlich. Er verweist auf England, wo der Finanzminister jetzt eine

Erhöhung der Einkommen- und Körperschaftsteuer um 10 v. H. vorgeschlagen hat, eine Maßnahme, von der nur ein Viertel der Steuerpflichtigen und zwar die höheren und höchsten Einkommen allein betroffen werden. Bei aller Anerkennung der Unterschiede zwischen England und Deutschland bleibe doch ein erhebliches Plus zugunsten der englischen Steuerpolitik. Dr. Herz hält

Erparnisse im Reichshaushalt für 200 Millionen Mark möglich, jedoch nicht auf dem Wege der Ermächtigung. Die Sozialdemokratie lehne eine solche Ermächtigung an die Reichsregierung ab, 1. weil sie das Einverständnis des Reichstages verleihe, 2. weil sie das Verantwortungsgesühl des Parlaments abschwäche, 3. weil dadurch der Wille des Parlaments verflücht werde.

Unter großer Zustimmung des Hauses tritt Herz dann insbesondere den Reichsmitgliedern an. Er wies nach, daß innerhalb der kurzen Zeit von elf Jahren, die die Reichswehr befeh-

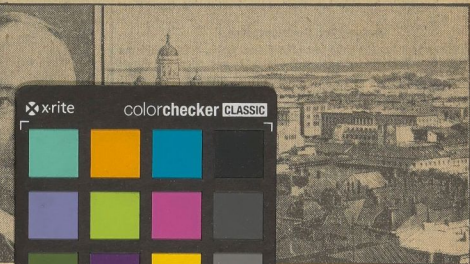
Der Lappo-Faschismus in Finnland.

Was sich gegenwärtig in Finnland abspielt, ist der Anfang einer Art von Faschismus. Diese Bewegung, die hauptsächlich auf die westfinnischen Bauernbevölkerung, namentlich der Ostschonenprovinzen zielt — ihr Name ist an eine kleine Ortschaft, Lappo, in diesen Provinzen angelehnt — hat dieser Tage die Einberufung des finnischen Reichstags zu einer außerordentlichen Sitzung erzwungen. Als Ziel hat die Lappo-Regierung die „vollständige Ausrottung des Kommunismus“ aus Finnland auf ihr Banner geschrieben. Daß dies nicht nur eine plakatorische Forderung der Bewegung ist, zeigen u. a. zahlreiche Gewaltmaßnahmen wie z. B. die Zerstörung kommunistischer Druckereien in verschiedenen Städten und der Transport kommunistischer Abgeordneter über die russische Grenze. Soweit ist der Lappo-Revolutionar. Das große Räuberleben beginnt, welches die weiteren Ziele der Bewegung sind, zeigt gegenwärtig mehr als ein finnischer Bauer. Die Frage der Kopfsteuer hängt doch von ihr viel für die weitere Entwicklung der politischen Lage in diesem Rästel liegt schließlich auch der Grund da, zumst Ereignisse bringen kann, die für Europa von Interesse sein können. Zeigen die kommenden Wochen, Führern der Lappo-Bewegung Ernst ist mit ihrer Forderung an die neue Regierung, so kann sich die wieder konfliktlos lösen. Haben aber die Begier der recht und verbinden die Lappo-Revolutioner mit nationalfinnischen und faschistischen so ist die Gefahr ernstest Kampfe durchaus gegeben.

Die finnische Sozialdemokratie führt gegen die Lappo-Bewegung einen mutigen Kampf. Die Folge ist, daß ein Teil ihrer Organe in letzter Zeit heftigen Angriffen der Lappo-Bewegung ausgesetzt war.

Der Marsch auf Helsingfors.

Helsingfors, 7. Juli. Der Aufmarsch der Lappo-Bewegung in Helsingfors, der am Sonntag begann und am Montag zu Ende geführt wurde, ist völlig ruhig verlaufen. An dem Aufmarsch beteiligten sich etwa 10 000 Personen, die hauptsächlich in Sonderzügen nach der finnischen Hauptstadt transportiert wurden. Das Charakteristischem der Veranstaltung war die Teilnahme des Staatspräsidenten und der gesamten Regierung an der Kundgebung auf dem großen Senatsplatz. Als der Staatspräsident erschien, reichte er dem Führer der Lappo-Bewegung demonstrativ die Hand. Mit dem Choral „Ein feste Burg ist unser Gott“ wurde die Kundgebung eingeleitet. Dann befiel der Führer



Staatspräsident



auf Helsingfors.

Die Tribüne zu einer kurzen Rede. Am Montag auf diesem Platz verammelt haben die bittere Kommunikation der Reichstagsmitglieder in ihren Reden über die nach Helsingfors kommen, den Kampf anzufangen. Vielleicht sind sie aber unter Ziel ist gut, und Gott

Die Vertreter der Lappo-Bewegung überreichen der Regierung am Montag eine Entschuldig, in der dem neuen Kabinett unter der Voraussetzung des Vertrauens ausgesprochen wird, daß der Kommunismus endlich reiflos vernichtet werde.

Brandstiftungen.

Außerordentliche Beunruhigung hat die Nachricht von Brandstiftungen in der Nähe von Helsingfors herbeigeführt. Man vermutet, daß Kommunisten die Täter sind. Beweise für diese Vermutung sind jedoch nicht vorhanden.

Die Haltung der Sozialdemokratie.

An der Montagtagung des Reichstags hat die Sozialdemokratische Fraktion zeitweise teilgenommen. Sie beschließt jedoch, ihre weitere parlamentarische Mitarbeit von einer Erklärung der Regierung über die Gründe der Verschärfung mehrerer kommunistischer Reichstagsabgeordneten abhängig zu machen.